

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 Abonnement: 2,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolon-
 zelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Insetats für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 8. September 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Von der schwarzen Parade.

Die Aufgabe der 47. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Bonn war laut Programm eines der ersten Redner: Christus, dem Angelpunkte der Zeiten, zu dienen. Nach Dr. Liebers Schlussrede hat der Katholikentag diese Aufgabe erfüllt. Wenn freilich Nichtkatholiken oder auch Katholiken, welche die Verbrämung von Politik mit Religion nicht gelernt haben, die Bonner Verhandlungen Revue passieren lassen, so werden sie für den eigenartigen Christusdienst auf der Bonner Katholikerversammlung nicht das mindeste Verständnis haben. Wir sprechen es offen aus, daß die Behandlung politischer, wirtschaftlicher und parteipolitischer Fragen unter religiösem Gesichtspunkte äußerst anstößige Blößen enthüllen muß und deshalb aus vielen Gründen besser unterbliebe. Die Katholiken verlangen von ihren Gegnern Achtung vor der religiösen Ueberzeugung. Verhandlungen, wie sie in Bonn gepflogen worden sind, machen es aber dem Gegner schwer, dem Grundsatz religiöser Toleranz treu zu bleiben. Es ist ja eine alte Tradition der katholischen Kirche, das Jüdische mit dem Himmelschen in einer Weise zu verbinden, bei der das Jüdische nicht zu kurz kommt; selbst in Kleinigkeiten machte sich diese auch diesmal bemerkbar bis herab auf das Privattelegramm, das sich die „Adriatische Volkszeitung“ am 6. September 6.45 nachmittags senden ließ und das lautet: „An dem heutigen in jeder Hinsicht großartig verlaufenen Festessen nahmen 300 Personen teil. Die Küche war tabellos und die Stimmung ausgezeichnet.“ Das ist eine Kleinigkeit, eine Neugierigkeit, aber sie ist charakteristisch. Man hat auf dem Katholikentag Christus sehr oft im Munde geführt, aber man hat in Wirklichkeit recht irdische Interessen betrieben, die mit der christlichen Lehre nicht nur nicht zu thun haben, vielmehr sogar ihr feindlich gegenüberstehen. Wir nennen in diesem Zusammenhange vor allem die Erörterung über die Schutzzölle auf Getreide.

Herr Landwirt Blum aus Krefeld hat eine sehr humoristische, vom Standpunkt des Agrariers, wie ihm das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung“ attestiert, musterhafte Rede gehalten, aber sachliche Auseinandersetzungen sucht man in der Rede vergeblich. Der Tenor der Rede war: Die Landwirte verlangen eine zielbewusste Schutzpolitik, ausreichenden Schutz für ihren Kornbau. Wenn wir nur darauf hinweisen, daß hohe Schutzzölle Brotverteuerung bedeuten, will der Katholikentag die Konsequenzen auf sich nehmen, die sich dadurch ergeben, daß er den Stifter der christlichen Religion als Vorspann für seine Bestrebungen bemittelt? Wir brauchen wohl hier nicht deutlicher zu werden, um zu zeigen, zu welchen Schlussfolgerungen die religiöse Inszenierung politischer und wirtschaftspolitischer Versammlungen führen muß.

Warum wir gerade diese Bemerkungen an den diesjährigen Katholikentag knüpfen? Einmal weil wir die Erörterung der Schutz Zollfrage als einen der wichtigsten Punkte der Bonner Versammlung halten und weil wir es gefährlich finden, die katholischen deutschen Arbeiter in ihrer Stellungnahme gegen höhere Getreidezölle durch religiöse Bedenken gleichsam zu behindern. Und dann, weil uns die Erörterung über die Zollfrage wieder an die Tatsache erinnert hat, daß das Centrum durch die eigenartige Verquickung von Religion und Politik in der Zollgeschichte Deutschlands schon einmal Unheil für die Arbeiter angerichtet hat. Herr Landwirt Blum rief in seiner Rede aus: „Das Centrum, schutzzöllnerisch durch Tradition und Ueberzeugung, hat sich des Bauernstands mit Wärme angenommen.“ Mit der Tradition mag's stimmen, die Ueberzeugung ist aber in ihrer ganzen Breite doch erst nachgekommen. Hätte nicht von jeder das Centrum diejenige Politik getrieben, von der Abgeordneter Lieber in seiner Schlussrede zugab, sie verderbe den Charakter, wer weiß, ob das Centrum heute seine ausschlaggebende Stellung einnähme! Als Bismarck seinen zollpolitischen Umschwung vollzog, da mußte er, um zum Ziele zu gelangen, den begonnenen Kulturkampf beendigen. Ohne das Centrum war keine schutzzöllnerische Mehrheit zu gewinnen. Windhorst hatte diesen Zusammenhang sofort ausgenutzt und sprach es auch auf einem Reaktionsessen offen aus, daß die Schutzzöllner für die Katholiken kirchenpolitische Vorteile bedeute. Das war damals der eigentliche Grund, warum das Centrum mit steigenden Zahlen ins Lager der Schutzzöllner übergang. Und wie steht's heute?

Man beachte die Rede Blums: er hütet sich, einen Zollsatz auf Getreide auch nur annäherungsweise anzudeuten; dagegen sagt Lieber in seiner Schlussrede:

„Die Lage für uns deutsche Katholiken in der Frage des Jesuitengesetzes ist eine unerträgliche geworden. Aber ist einer unter Ihnen, der da glaubte, daß ich, eben vom Sterbepulte erstanden, von Berlin weggegangen wäre, ohne dieses selbe Wort an maßgebender Stelle ausgesprochen zu haben?“

Sollte das Centrum nicht zum zweitenmal fähig sein, um eines kirchenpolitischen Erfolges willen seine Stellungnahme zu der wichtigsten Frage der Volksernährung von dem Verhalten der Regierung in der Jesuitenfrage abhängig zu machen? Herr Lieber machte Andeutungen, die

jedenfalls auf Pläne schließen lassen, die sehr fein gesponnen sind. Er sagte, er lese soviel gutgemeinte Ratsschlüsse an das Centrum in der eigenen Parteipresse und da müsse er sich oft sagen: Da ist dir doch wieder einmal ein Kürassierstiefel in deine ganze Reihe, die du gesponnen hast, mit rauhem Fuß hineingesprungen. Wir können Ihnen gar zu wenig einen Einblick in die oft so verwickelten Wege unsres politischen Lebenswandelns geben.“

Sobiel geht aus der Tradition des Centrum's genügend hervor, daß diese Partei in den wichtigsten wirtschaftlichen Fragen sich nicht so sehr von sachlichen Motiven, als vielmehr von kirchenpolitischen Gesichtspunkten leiten läßt und damit ist es bewiesen, wie gefährlich die Vermengung von Religion und Politik für ein Volk, aber mit der Zeit auch für die betreffende Partei selbst werden muß. Die Wege müssen immer verschlungener werden, um oben auf zu bleiben und eine Partei, der niemand, weder die Regierung noch die andren Parteien, über den Weg trauen kann, lebt, wie Herr Lieber richtig ausführte, immer nur in einem scheinbaren Friedenszustande.

Die Erörterung der zollpolitischen Frage war für uns wenigstens, allem Anschein auch für unsre Antipoden, die Agrarier, der wichtigste Teil des Bonner Katholikentags. Was sonst noch gesprochen und besprochen wurde, war nicht neu, nicht besonders aufregend, sondern bewegte sich innerhalb der bekannten katholischen Forderungen und Anschauungen. Man forderte die Volksschule für die Kirche, die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes, man sprach gegen das Ueberhandnehmen der öffentlichen Unsitlichkeit. Aber zu einer neuen lex Heinze hat augenblicklich auch Herr Kören die Lust verloren und er appelliert zunächst an die Selbsthilfe, indem er zum Boykott gegen alle die Geschäfte anfeuert, die unsittliche Bilder ins Schaufenster stellen.

Daß auch der Kampf gegen die Socialdemokratie in Bonn wieder erscholl, ist ganz in der Ordnung. Namentlich pries sich durch Vater Bonaventura des Bonifaciusverein als Waffe gegen die Socialdemokratie an und verlangte dafür von der Regierung alljährlich einen Zuschuß von mindestens einer Million Mark.

Nachdem so der Katholikentag alle die Zeit bewegenden Fragen wieder in seinen Bereich zog, konnte man erwarten, daß auch die chinesischen Wirren ihrer Bedeutung für das deutsche Volk entsprechend gewürdigt worden wären. Aber da versagte die „auschlaggebende Partei“ in Bonn. Da wurde ihr Mund so klein, und ihre Resolution so schwächlich, daß sie sich begnügte, den deutschen Katholiken werthtätige Fürsorge für die in China kämpfenden deutschen Soldaten zu empfehlen. Wo blieb da der Christusdienst, wo da die Herborhebung der christlichen Lehre gegenüber dem Brutalismus und dem heidnischen Sinn der jüngsten Phase der Weltpolitik! Hier versagen die großen Worte, da fällt die ausschlaggebende Partei, um mit Herrn Lieber noch einmal zu reden, plötzlich wieder die nicht genügend gewürdigte Schwierigkeit, daß das Centrum als größte Partei auch die Verantwortung für den Gang der parlamentarischen Verhandlungen zu tragen hat. Nach schlichtem Verstande ist daraus zu folgern: Nur nicht irgendwo anstoßen, auch nicht auf einer Versammlung, auf der „Christus, dem Angelpunkte der Zeiten“, gedient werden soll.

In Bonn hat man sich vor dem neuesten weltpolitischen Laufe gebückt, dafür aber gegen den überwiegenden Teil des deutschen Volks mobil gemacht. Am andren Ende der rheinischen Pfaffengasse wird man in vierzehn Tagen die entgegengesetzte Parole hören und das deutsche Volk wird sich zu entscheiden haben, welchem Ruf es folgen wird, wenn es seine Rechte und Interessen gewahrt wissen will: die Centrum — die Socialdemokratie!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 7. September.

Stettiner Kaiserrede.

Der Kaiser ist am Freitag in Stettin empfangen worden, in dessen Umgegend er den Truppenmanövern beizuwohnen beabsichtigt. Vor dem Rathaus hielt der Oberbürgermeister der Stadt eine Ansprache, in der, wie bei derartigen Gelegenheiten üblich, der Kaiser verherrlicht wurde. Der Kaiser behandelte in seiner Erwiderung die Chinafrage. Er sagte:

„Mein lieber Herr Oberbürgermeister! Ich danke Ihnen in meinem und der Kaiserin Namen herzlich für die freundliche Begrüßung und den Empfang, die ich immer hier gefunden habe. Es ist ja nicht das erste Mal, daß wir Stettin besuchen, und bei jeder Wiederkehr hat meine Freude über den herzlichen Empfang sich gesteigert. Weis ich doch, daß Stettin die Wege, die ich wandle, als die richtigen erkannt hat. Sie haben, Herr Oberbürgermeister, unsrer Ueberzeugung, die für unsre Interessen nach dem fernem Osten gegangen sind; ich habe die feste Ueberzeugung, daß es ihnen gelingen wird, dort feste und geordnete Verhältnisse zu schaffen, unter denen der deutsche Kaufmann, der drüben lebt und wirkt, ein für allemal vor Unheil bewahrt bleiben und ohne

Störung und Gefahr Handel treiben kann. Ich habe gar keine Besorgnisse für die Zukunft, ich bin überzeugt, daß mein Plan gelingen wird; das wird auch zum Besten Stettins, der Provinz Pommern und des ganzen Vaterlandes dienen. Das wolle Gott!“

Wenn die chinesischen Hoffnungen des Kaisers sich als ebenso über-schwängliche erweisen würden als seine Meinung von der Zustimmung Stettins zu seinen Wegen eine allzu hoffnungsvolle ist, so würde der Kaiser gründliche Enttäuschungen erfahren. Die Wähler in Stettin haben 1898 fast zur Hälfte socialdemokratisch gewählt. Diese socialdemokratischen Wähler sind sicherlich nicht der Meinung, daß die weltpolitischen Wege, die der Kaiser wandelt, die richtigen sind. Ob der übrige Teil der Wählerschaft Stettins, der fast durchweg zur freimüthigen Vereinigung hält, die kaiserliche Politik für richtig erachtet, dürfte doch mindestens zweifelhaft sein.

Erfreulich ist gewiß, daß in diesen Tagen, da selbst die Nationalen der Rationalen schwere Besorgnisse nicht zurückhalten vermögen, der Kaiser gänzlich unbesorgt bleibt und überzeugt ist, daß sein Plan gelingen wird.

Welches ist aber der Plan des Kaisers? Meint er die Krache, die er für die Ermordung v. Kettlers angekündigt? Oder die Herstellung fester und geordneter Verhältnisse — „ein für allemal“?

Es erscheint unsicher, ob sich feststellen lassen wird, von wessen Hand der deutsche Gesandte in Peking getödtet wurde und wer für den Ausbruch der chinesischen Erhebung verantwortlich gemacht werden kann.

Noch unsicherer sind die Ausichten auf eine so nachhaltige Ordnung der chinesischen Verhältnisse, daß der deutsche Kaufmann ein für allemal vor Nachtheilen bewahrt bleiben werde. Wir wissen nicht, worauf sich diese kaiserliche Hoffnungsfreudigkeit stützt. Die Militärgewalt, die der Kaiser gegen China entfaltet, hat wiederholt in den vergangenen Jahrzehnten für einige Zeit Ruhe erzwungen. Unter der äußerlichen hergestellten Ruhe aber frag der Doh gegen die fremden Eindringlinge um sich, um plötzlich wieder verberend aufzuspringen. Es ist schwer zu erkennen, wie entgegen aller bisherigen geschichtlichen Erfahrung in Zukunft die vermehrte Anwendung von Gewalt bessere Erfolge zeitigen soll.

Der Kaiser wird übrigens den deutschen Reichs-Steuerzahlern nicht verargen, wenn sie nebenbei auch wegen der gewaltigen Kosten, die schon jetzt der Chinazug kostet, sich einiger Besorgnisse nicht entschlagen.

Weitere China-Rüstungen?

Der kürzlichen Mitteilung, daß nach Abreise der dritten „ostasiatischen“ Brigade noch weitere Truppenformationen vorbereitet werden, ist von den sonst verächtungsdürftigen Offizieren nicht widersprochen worden. Jetzt wird der „Vollst.-Ztg.“ aus Peking gemeldet, daß auf dem dortigen Schießplatz im Lauf dieses Monats noch weitere Truppenformationen für die ostasiatische Expedition erfolgen sollen; es sollen am 16. die Mannschaften für eine zweite schwere Gaudibatterie und die dazu gehörige Munitionskolonnen eintreffen.

Die China-Rechnung.

Die Militärverwaltung hat jetzt, wie aus Spandau mitgeteilt wird, begonnen, die durch die ostasiatische Expedition entstandenen Kosten zu ermitteln. Die Einzelbetriebe, die unteren Behörden, Werkstätten etc. sind aufgefordert worden, die von ihnen geleisteten Ausgaben festzustellen und die Rechnungen darüber vorzulegen.

Kohlennot.

Der „Reichs- und Staats-Anzeiger“ meldet: In der gestrigen Sitzung des Staatsministeriums wurde beschlossen, in Anbetracht der Schwierigkeiten bei der Kohlenversorgung die Zufuhr ausländischer Kohle dadurch zu erleichtern, daß der Kohlofstarif für die Zeit des Weiterbestehens der zeitigen Verhältnisse, mindestens aber für zwei Jahre, allgemein eingeführt wird. Die preussischen Staatsbahnen sind mit sofortiger Durchführung dieser Maßregel in ihrem eignen Bereich und, soweit erforderlich, zur Verhandlung mit den beteiligten Bahnen beauftragt.

Durch diese Maßnahme allein kann der Kohlennot nicht irgend- wie wirksam gesteuert werden. Eine gründliche und umfassende Verhandlung der Kohlenfrage war freilich vom Ministerium Riquel- thelen-Rheinbaben nicht zu erwarten.

Im gewohnten Demuziantengeschäft läßt sich wiederum die „Poli.“ diesmal wiederfahren diese Übung dem Herrn Professor Sombart, dessen längst bekannte und vor einiger Zeit in Sonderabdruck unter dem Titel „Democh“ herausgegebene Vorträge über die Gewerkschaften den demuziantarischen Groß der Kaiser jeglicher Arbeiterbewegung erregt haben. Professor Sombart verurteilt in seiner Broschüre die Politik der Ausnahmegesetze gegen die Socialdemokratie, weil — so meint Sombart — durch Ausnahmegesetze die Arbeiter von dem guten Wege maßvoller Gewerkschaftsorganisation abgelenkt und in die bösen Wege der Socialdemokratie gedrängt würden. Trotz solcher hervorragend „staatsverfallender“ Bestimmungen Sombarts erklärt die „Poli.“:

„So urteilt über die Verwaltung seines Staats ein Mann, der selber preussischer Beamter an einer besonders verantwortungsvollen Stelle ist. Wahrlich, das Amt eines zur Wahrung der Staatsinteressen an erster Stelle mit berufenen Hochschullehrers wird zur Karikatur.“

Selbst ein führendes Organ des Freisinn's, die „Post. Ztg.“, hat gegen das neueste Geisteszeugnis Professor Sombarts vom

Standpunkt der Gerechtigkeit aus protestieren zu müssen geglaubt. Wir thun hier das gleiche, vornehmlich im Interesse der Jugend, deren reizbarer und leicht erregbarer Geist solchen mit der Autorität des Katheder Bekleideten Einwirkungen nur zu leicht unterliegt. Wenn das socialpolitische Professorenamt vom Schlage Sombarts absolut die Geschäfte der Socialdemokratie besorgen will, so mag es sich offen den Bebel und Konsorten einreichen, aber unter staatsbehaltender Firma und mit Hilfe staatlicher Autorität Maulwurfs-Dienste verrichten wollen, das geht denn doch zu weit.

Wir gestehen offen: Wir haben kaum erwartet, daß Herr Sombart, den Führer der professoralen Marinepropaganda, den begeisterten Schüler der kaiserlichen Weltpolitik die Ehre der „Post“-Demunziation erweisen würde. —

Vom politischen Eid. Unser Parteigenosse Auer hat in den „Social Monatsheften“ in einer Erörterung der Beteiligung an den Landtagswahlen die Bedenken wegen des in mehreren Landtagen von den Abgeordneten zu leistenden politischen Eids mit den Worten bekämpft, „daß es eine Thorheit wäre, es dem Belieben unserer Gegner anheimzustellen, unsere Vertreter durch moralische Zwangsmaßnahmen von den Parlamentssitzen fernzuhalten.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ stellt sich, als ob sie durch diese Offenheit überrascht wäre und folgert aus derselben die Berechtigung, Eide von Socialdemokraten als Zwangsmaßnahmen einzuführen.

Auch der Dr. Dertel ist nicht so thöricht, daß er die Frage des politischen Eids bei dieser Gelegenheit zum erstenmal kennen lernte. Auch er weiß, daß die „frömmsten“ Staatsmänner über den politischen Eid ganz ebenso gedacht haben, wie Auer. Auch Dr. Dertel weiß sehr wohl, daß z. B. Friedrich Wilhelm IV. den Eid auf die Verfassung mit mentalen „Vorbehalten“ geleistet hat und hinter dem Eide her diesen Vorbehalt für etwaigen späteren Gebrauch angedeutet hat. Auch Dr. Dertel weiß, daß Wilhelm I. und Fürst Bismarck vor dem vom Könige geleisteten Eide „die Verfassung des Königreichs fest und unverbrüchlich zu halten und in Uebereinstimmung mit derselben und den Gesetzen zu regieren“, diese Verfassung jahrelang suspendiert und dafür später Indemnität nachgesucht haben — ein Verfahren, das Bismarck mit dem Citat verdeutlicht: in verbis simus faciles — nur seine Bedenken um Worte! Vielleicht ist dem Dr. Dertel sein Genosse in zerwerfen, Strafrechtsneigungen, der Freund von Prügel und Hunger, Pein und Fallbeil, Dr. Otto Mittelstädt, bekannt; dieser ihm gesinnungsverwandte Jurist erklärt es für etwas ganz Selbstverständliches, daß ein politischer Eid nur so weit binde, als das Gewissen des Leistenden vorschreibe. Selbst Dr. Dertel könnte wissen und wird wissen, daß die Staatengeschichte eine Sammlung gebrochener politischer Eide ist.

Wenn Dr. Dertel dies alles nicht weiß, so ist er äußerst unwissend.

Wenn er es aber weiß — wie soll man es dann bezeichnen, daß er socialdemokratischen Politikern zumutet, sich an der Vertretung des Volks durch ein Mittel hindern zu lassen, welches die Regierenden allezeit nicht etwa für einen Zwangsmaßnahme, nein: für ein Spinnwebgewebe angesehen haben! Das wäre in der That eine sublimen Politik, die socialdemokratische Fiktion durch einen Verfassungseid aus dem Reichstage zu vertreiben! Die Sache ist so abern, daß wir ihr vielleicht zu viel Ehre anthun, indem wir sie ernsthaft behandeln! —

Kaum denkbar. Wir hatten kürzlich von der Verurteilung unseres Parteigenossen Reichstags-Abgeordneten Sachs zu 8 Tagen Gefängnis wegen Verurteilung gegen Streikbrecher berichtet. Sachs sollte einigen Vergarbeitsern zugerufen haben: „Ihr Leute, lömt Ihr's übers Herz bringen und auf Arbeit rennen, wollt Ihr Euren Fortschritt mit Füßen treten? Schämt Euch!“

Selbst ein so mantastbar „ordnungs“parteiliches Blatt wie der „Hamb. Korresp.“ bemerkt zu diesem Urteil: „Es ist kaum denkbar, daß die höhere Instanz in dieser Neuerung den Thatbestand des § 153 G.-O. — körperlicher Zwang, Drohung, Ehrverletzung oder Verurteilung — erfüllt findet.“

Der offiziellen Presse liest die „Rhein. Westf. Ztg.“ aus Anlaß der Chinafrage gründlich den Lenz. Es gebe offizielle Blätter, die bedingungslos jedem Kurs folgten, mag er rechts, links oder Centrum heißen. „Das ist“, so schreibt die Rhein. Westf. Ztg., „die immer zur lauten Willkür geneigte Clique, welche so handelt wie die Dorf-Musikanten: die Kapelle marschirt mit demselben Gleichmut, ob es sich um eine Hochzeit oder um ein Begräbnis handelt. Solche gemüthliche und geschäftliche Auffassung der Aufgaben der Presse beweist ja sonnenklar, daß es diesen Leuten ganz gleich ist, was geschieht; sie gehen mit dem Dreieck und auch mit dem Zweieck; sie gehen mit den Engländern und mit den Türken; sie wollen eine Flottenvorlage, zwei Flottenvorlagen oder gar keine Flottenvorlage. Auf ihrem Leiterkasten spielen sie nach Bedarf mit demselben Gleichmut einen Walzer, einen Choral oder Tangelangelcouplet.“

Antisemitisches Durcheinander. Diesmal soll es Ernst werden mit der Scheidung der beiden in der „Deutsch-Sozialen Reformpartei“ vereinigten friedlichen Rivalen. Liebermann, der stets mehr Fühlung mit den Konservativen innezuhalten wünschte, will mit Zimmermann, der den selbständigen Marsch der Partei betont, nicht länger zusammenhängen. Liebermann erklärt in den „Deutsch-Sozialen Blättern“ eine Erklärung, in der er sein Verbleiben in der Partei abhängig macht von der Schließung eines Kartells mit dem Bund der Landwirte und der konservativen Partei sowie von der Ablehnung des Zimmermannschen Antrags, Parteileitung und Fraktion unter die Vormundschaft eines Parteirats zu stellen. —

Ein Unternehmerswindel.

Aus dem Ruhrrevier wird uns geschrieben: Man kann in Unternehmernorganen kaum eine Aeußerung über Verhältnisse im Bergbau finden, ohne der Klage über die geringe Leistung der Vergarbeitsern — bei enorm gestiegenen Löhnen natürlich — zu begegnen. Schon mehrmals wiesen wir darauf hin, wie das Resultat der „gesunkenen Leistung“ erzielt wird. Die meisten Vergarbeitsernunternehmungen haben in den letzten Jahren hervorragend die Fabrication von Nebenerzeugnissen, Coals usw. forciert. Hierdurch und — wie nebenbei bemerkt werden mag — durch die immer beschwerlicher sich gestaltenden Abbauverhältnisse — größere Teufe, schlechte Gebirge und Vergeerung — müssen auch immer mehr Arbeitskräfte der eigentlichen Kohlenproduktion entzogen werden. Aber bei Berechnung der Durchschnittsleistung läßt man, wohl nur um ein erwünschtes reduzierendes Resultat zu erzielen, die Nebenproduktion ganz unberücksichtigt, die Gesamtbelegschaft wird einfach als Kohlenproduzierende betrachtet. So läßt sich allerdings wohl eine verminderte Leistung herausrechnen, während in Wirklichkeit eine Steigerung derselben vorhanden sein kann.

Daß die Leistung der Ruhrbergleute trotz der verschlechterten Gewinnungsverhältnisse nicht zurückgegangen, sondern gestiegen ist und daß man bei Berechnung der Durchschnittsleistung ganz mechanisch nach der vorbezeichneten Methode verfährt, dafür nachfolgend zwei unbedächtige Zeugen. Im Essener Handelskammerbericht (H. Z. pro 1899) heißt es gleich auf der ersten Seite: „Die Jahresleistung eines Arbeiters, besoldete Beamte und Aufseher nicht mitberücksichtigt, betrug

wie im Vorjahr 274 To.“ Es handelt sich hier wohlgerneit um den ganzen Oberbergamtsbezirk Dortmund mit 205 106 Bergleuten und einer Kohlenproduktion von 54 641 120 Tonnen. Trotz bedeutend erhöhter Produktion an Nebenerzeugnissen ist also der auf den Kopf der Gesamtbelegschaft entfallende Anteil der Kohlenproduktion gleich geblieben. Das bedeutet, wie wohl jedem Schüler einer Elementarschule einleuchtet, eine Steigerung der Leistung.

Was noch zum Beweise unserer Behauptungen fehlt, finden wir im Bochumer Handelskammer-Bericht zahlenmäßig nachgewiesen. Während im Essener Bericht, in den Specialmitteilungen der einzelnen Unternehmungen, vielfach die berühmte Leistungsverminderung der Arbeiter betont wird, besorgt der Bochumer Bericht dies im allgemeinen Teil: „Als unerfreuliche Begleiterscheinung der Lohnsteigerung muß aber die Abnahme der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters bezeichnet werden.“ — Statistisch wird die Leistungsabnahme folgendermaßen nachgewiesen. Es betrug die Kohlenproduktion und die Gesamtbelegschaft im Handelskammerbezirk:

	1897	1898	1899	Zunahme in 1899 gegen 1898
Produktion in To.	18 785 101	19 524 186	20 783 488	8,6
Belegschaft Personen	69 800	75 240	80 780	7,3

Da haben wir den Nachweis, daß die Belegschaft prozentual stärker gestiegen ist als die geforderte Kohlenmenge. In 1898 kamen auf den Kopf 258 Tonnen, in 1899 aber „nur“ 267,45 Tonnen, also 0,55 Tonnen weniger. Es muß bei diesen Zahlen gleich auffallen, daß sie ziemlich erheblich hinter den für den ganzen Ober-Bergamtsbezirk ermittelten Durchschnittsmaß zurück stehen. Und das ist erklärlich, denn wie der Bericht angibt, beträgt die Coalsproduktion im Handelskammerbezirk Bochum ungefähr die Hälfte der Produktion des ganzen Ober-Bergamtsbezirks Dortmund. Nach den von den einzelnen Unternehmungen gegebenen Berichten, aus denen auch wieder zu ersehen ist, daß man trotz der enormen Coalsproduktion die gesamte Belegschaft der Kohlenproduzierenden zurechnet, betrug im Bochumer Bezirk die Coalsproduktion:

Jahr	1897	1898	1899	Zunahme in 1899 gegen 1898
Tonnen	3 320 339	3 519 406	3 818 446	8,00

Im Handelskammer-Berichte betrug demnach die Coalsproduktion in 1898 ca. 1/6, in 1899 fast 1/5 der Gesamtproduktion. Dies, sowie die Produktion an Briquets, Amonial, Steine etc. läßt man bei Ermittlung der Durchschnittsleistung ganz außer Betracht und den Vergarbeitsern wird das Prädikat: Faulheit an den Kopf geworfen.

Ebenso wie die Produktion ist auch der Wert gestiegen, der auf den Kopf der Belegschaft entfällt. Genaue Angaben liegen darüber zwar nicht vor. Nach den von der Börse in Essen notierten Preisen, lassen sich für den Bochumer Bezirk, da hier die Produktionsziffern angegeben sind, doch ziemlich einwandfreie relative Berechnungen anstellen. Danach ergibt sich folgendes Resultat:

	1897	1898	1899	Zunahme in 1899 gegen 1898
Belegschaft Personen	69 800	75 240	80 780	
Wert der Produktion in Mark	222 209 300	238 285 100	262 252 470	3183
Wert pro Kopf in Mark				3167
Gesamtwert				3248

Der auf den Kopf entfallende Wertanteil wäre hiernach in 1899 gegen 97 um 16,00 M. zurückgegangen, in 1898 gegen das Vorjahr aber um 81 M. gestiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der ermittelte Durchschnittspreis für Kohlen in Thatfache hinter dem wirklich gezahlten weit zurücksteht und daß bei einer absoluten Berechnung der Leistungswerte auch die Arbeiten für Renanlagen, die vielfach von Belegschaftsmannschaften angeführt werden, sowie der Wert der sonstigen Nebenerzeugnisse mit in Berücksichtigung gezogen werden müßte.

Wenn jemand Anlaß hat zu klagen, dann ist es der Arbeiter, jedenfalls aber muß der Vorwurf der Faulheit entschieden zurückgewiesen werden.

„Konservative Vertrauensleute“.

Im „Vorwärts“ wurde vor einigen Tagen das Circular besprochen, das die framng agrarisch-konservative „Ostpreussische Zeitung“ in Königsberg an Lehrer sandte, damit dieselben Abonten sammeln. Die „Ostpr. Zeitung“ behauptet, das Circular nur an Lehrer gesandt zu haben, die konservativen Vertrauensmänner sind und macht dem Lehrer, der das Circular zur Veröffentlichung hergab, schwere Vorwürfe, weil er als Freisinniger sich habe ruhig in den Listen der konservativen Vertrauensmänner süßen lassen.

Darauf antwortet jetzt der Lehrer: „Wissen Sie als offizielles konservatives Organ denn nicht, wie der Mann in die Liste der Vertrauensmänner gekommen ist? So hören Sie: Der Landlehrer muß so ipso konservativ sein und wird ohne Rücksicht auf seine politische Gesinnung von dem Gemeinde-Vorstand oder einem andern Vertrauensmann in die Listen eingetragen und nach dieser zum Vertrauensmann ernannt, also einfach gepreßt. Wehe aber dem Lehrer, der sich gegen diese ihm zugedachte Ehre sträuben oder wehren wollte. Dies würde schon genügen, ihn gleich als engagierten Freisinnigen seinen Vorgesetzten zu demunzieren. ... Dem Betreffenden wird nicht nur jede Unterstützung entzogen, sondern er wird auch im Interesse des Dienstes — selbstverständlich nicht etwa auf eine bessere Stelle verlegt oder bei höherem Alter pensioniert, alles so im Stillen unter der Hand und ohne Angabe von Gründen. Ja, verbriefte Offizielle, wo ist nun die Moralität größer, bei dem Mann, der sich der Gewalt beugen muß, wenn auch mit schwerem Herzen, den Vertrauensposten erdulden muß, um nicht sein Weib und Kind in Not und Elend zu bringen, oder bei Ihrer „christlichen Partei“, welche die Gewissen knechtet und Menschen gegen ihre Ueberzeugung zu handeln zwingt. Die von Ihrer Partei so gern gebrauchte Phrase von Mut und Ueberzeugung ist bei solchen Zuständen ein grausamer Hohn, paßt aber sehr schon in Ihr bis zum Ueberdruß betontes Christentum hinein.“

Da die Konservativen diese Klage über ihren Terrorismus nicht widerlegen können, werden sie dieselbe wohl toischweigen. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Wien, 7. September. Das „Fremdenblatt“ meldet: Heute vormittag fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten von Körber statt. Es wird allgemein angenommen, daß die Beratung der formellen Beschlußfassung über die Aufhebung des Reichsrats gegolten habe; ein diesbezügliches kaiserliches Patent werde in kürzester Zeit amtlich verlautbart werden. —

Schweiz.

Bern, 6. September. (Sig. Ver.) Im Kanton Bern geht es auf dem Gebiete der Politik außergewöhnlich lebhaft zu. Am Montag fand auf das Verlangen von 20 Mitgliedern eine außerordentliche Sitzung des Großen Rats (Landtags) statt, in der die Frage: Proportionalwahl oder Obstruktion, zur Debatte stand. Die Socialdemokraten, Konservativen und Ultramontanen, die drei Winderheitsparteien zusammen unterbreiteten dem Großen Rat eine Eingabe, in welcher mit aller Entschiedenheit die Einführung der Proportionalwahl gefordert wird. In derselben wird gezeigt, wie der Staatssturz verfahren ist und der Kanton Bern geradezu vor einer Staatskrise steht, die nur durch eine Wahlreform beboben werden kann. „Wohlan, gebt der Opposition die von ihr verlangte Reform des Wahlverfahrens, gebt ihr den anderwärts überall gut funktionierenden „Proporz“, so wird sie

ebenfalls in besten Tremen und nach besten Kräften mitarbeiten an der Rekonstruktion der Staatsfinanzen. Wenn ist ganz gewiß so gut reif für diese Reform als die Kantone Solothurn, Basel, Neuchâtel, Genéve, Tessin usw. und bilden Sie ohne Voreingenommenheit hin auf unsre Landeshauptstadt, so werden Sie zugeben müssen und die kompetentesten Personen werden es Ihnen bestätigen, daß ohne Proporz eine Verwaltung des stadtberühmten Gemeinwesens überhaupt nicht mehr möglich wäre. Wollen wir es so weit kommen lassen? Wollen Sie die vereinigte Opposition förmlich zwingen, die Fahne der Obstruktion zu entfalten? ... Die vereinigte Opposition reicht Ihnen die Hand zum Frieden, schlagen Sie in dieselbe ein, die Zukunft des Vaterlands verlangt es.“ — In der Montags-Sitzung wurde einstimmig die Motion Moor erheblich erklärt, welche die Regierung beauftragt, in kürzester Zeit eine Vorlage über den Proporz einzubringen. —

Frankreich.

Paris, 7. September. Der Kolonialminister beschloß im Einverständnis mit dem Marineminister die Untersuchung über die Mission Voulet-Chauvine zu vertagen. Es wurde außerdem beschlossen, den Zeitungen über diese Angelegenheit keine Mitteilungen zugehen zu lassen. Auch das Kriegsgericht in St. Louis ist vertagt worden. Man nimmt an, daß diese Maßregel auf die Färsprache des Generals und früheren Kriegsministers Chauvine, dessen Sohn bekanntlich Kapitän Voulet ermordet hat, getroffen worden ist.

Afrika.

Der Kampf bei Lydenburg.

Feldmarschall Roberts meldet aus Belfast vom 5. d. M.: Hamiltons Kolonne, der sich Brodickhurs's Kavallerie angeschlossen hat, passierte gestern durch Dullstroom, wobei ihr nur geringer Widerstand geleistet wurde. Sie rückt jetzt auf dem Lydenburg-Wege vor und steht im Signal-Berkehr mit Buller, dessen Geschütze gehört werden und der im Laufe des Morgens mit der linken Flanke des Feindes engagiert war. Hamilton bemüht sich, die rechte Flanke des Feindes zu umgehen.

Auch sonst machen die „annektierten“ Voeren dem Feinde wieder zu schaffen.

Lord Roberts meldet: Zwei reitende Abteilungen unter Elements und Hart operieren gegenwärtig in den Bezirken von Krigerdorp und Johannesburg. — Ein durch 125 Mann von den kanadischen berittenen Schützen an der Eisenbahn zwischen Pan und Woudersfontein besetzter Posten wurde durch eine feindliche Schaar mit drei Kanonen angegriffen. Der Feind wurde aber zurückgeschlagen.

Wie der „Standard“ aus Durban meldet, ist eine Patrouille berittener Infanterie gestern in einen Hinterhalt gefallen und gefangen genommen worden.

London, 6. Septbr. „Morning Leader“ schreibt: Obgleich der Krieg in Südafrika nunmehr erst recht beginnt, will Chamberlain in seine Wähler glauben machen, der Krieg sei beendet. Beide Republikaner sind wohl annektiert, aber nicht erobert. Die Annektierung ist nur ein Manöver Chamberlains.

Das „Herold-Bureau“ meldet:

London, 7. September. Lord Roberts hat eine neue Proklamation an die Einwohner des Freistaats gerichtet, worin er mitteilt, daß diejenigen Bürger, welche den Eid der Treue nicht abgelegt haben, bei ihrer Gefangennahme als Kriegsgefangene betrachtet werden würden. Diejenigen, welche den Eid abgelegt haben und von neuem gegen die englischen Truppen die Waffen erheben, würden sich des Todes durch Erschießen aussetzen, diejenigen Einwohner, welche den Neutralitätsschwur gebrochen haben, würden mit schweren Bußen bestraft werden und diejenigen Bewohner von Farmen, welche in der Umgegend von Eisenbahnen, welche zerstört werden sollten, gelegen sind, würden bis zu 1/3 des Gesamtvermögens der betreffenden Farmen verurteilt.

Es braucht nicht erst betont zu werden, daß diese Proklamation des Lord Roberts dem Völkerrecht mit dreifacher Faust ins Gesicht schlägt. Lord Roberts behandelt die Voeren nicht als Kriegsführende Macht, sondern als Insurgenten, als Banditen. Das zwanzigste Jahrhundert läßt trotz aller Jaremanifeste und Friedenskonferenzen alle Barbareien der verschwundenen Jahrhunderte wieder aufleben. —

Parteitag

der österreichischen Socialdemokratie.

Graz, den 5. September 1900.

Vierter Verhandlungstag, nachmittags.

Die Debatte über das Gemeinde-Wahlrecht füllte fast die ganze Sitzung aus. Wie in dem Referat Schummeiers, so spielte auch in der Diskussion der Antrag Kusterlich die Hauptrolle. Der Antrag tritt für eine reine Interessenvertretung, eine reine Arbeiterkurie als das bessere Surrogat und das geringere Uebel ein, während er den jetzt in Wien bestehenden und an andern Orten noch zu bildenden allgemeinen Wahlkörper als eine Fopperet der Gegner der Emanzipationsbestrebungen des Proletariats verwirft, erjornen, der Arbeiterkurie die Vertretung zu kürzen.

Im Gegensatz hierzu erblidte ein Antrag der Bezirks-Organisation Wien VII in der sogenannten reinen Arbeiterkurie die Gefahr einer Verfeinerung der Partei; die Wahlen würden hierdurch aller politischen Bedeutung entkleidet und durch die Scheibewand der reinen Arbeiterkurie würden große, dem Proletariat nahestehende Volksschichten dem Einfluß der socialdemokratischen Agitation völlig entzogen. Der Antrag bezeichnet den kaiserlichen Vorschlag als eine opportunistische Konzession an das veraltete System der Interessenvertretung und findet es mit dem Prinzip der Partei unvereinbar, daß diese durch eine wenn auch nur bedingte Zustimmung einer sogenannten reinen Arbeiterkurie sich auf den Boden der Interessenvertretung stellt, um den fragwürdigen Gewinn einiger Mandate mit einer starken Einbuße an moralischer Kraft zu bezaheln.

Während die Mehrzahl der Redner den Antrag Kusterlich, wenn auch nicht aus principuellen, so doch aus taktischen Gründen bekämpften und ihn für verfehlt und unzeitgemäß erklärten, traten Dr. Adler und Peterilka für Kusterlich ein. Dr. Adler bezeichnete es allerdings als nicht klug von Kusterlich, die Frage jetzt zur Diskussion zu bringen. Das richtigste wäre, beide Anträge abzulehnen.

Schließlich wurde der Antrag Kusterlich abgelehnt und der Antrag Wien VII zurückgezogen.

Die von Schummeier vorgelegten Grundzüge eines Kommunalprogramms, mit dem sich die Debatte so gut wie nicht beschäftigt hatte, wurden der in Brünn 1899 gewählten Kommission zur Revision des Parteiprogramms überwiesen.

Die Wahl der Parteivertretung hatte folgendes Ergebnis. Abgegeben wurden 93 Stimmen. In die Parteileitung wurden gewählt: Dr. Adler mit 93, Veer mit 79, Fel. Woschl mit 87, Dr. Ellenbogen mit 93, Fernerstorfer mit 92, Popp mit 91, Schummeier mit 92 und Skaret mit 92 Stimmen. In die Parteikontrolle wurden entsandt: Emerling und Tomisch-Bien mit 90 und 92, Beutel-Ruffig mit 93, Seliger-Reichenberg mit 90, Eldersch-Brünn mit 92, Spielmann-Linz mit 93, Muchitsch-Graz mit 93 und Träufner-Salzburg mit 93 Stimmen.

Die Verhandlungen werden hierauf auf Donnerstag früh verlagert.

Graz, den 6. September 1900.

Auf der Tagesordnung steht zunächst das Referat von E. Raff. Wien über „Alters- und Invalidenversicherung.“ Der Referent hebt hervor, daß die Frage für Oestreich nur eine ganz unzulängliche Armenpflege in sich schließe. Die deutsche Alters- und Invalidenversicherung dürfte dabei nicht als Vorbild dienen, sie

set durchaus unzulänglich. Die Ausführungen des Referenten gipfelten in folgender Resolution:

Der deutsche Parteitag der österreichischen Socialdemokratie erklärt die Verbringung der Arbeitsfähigen als eine ebenso selbstverständliche wie bringende Pflicht der kapitalistischen Gesellschaft und beauftragt den socialdemokratischen Verband im Abgeordnetenhaus, die Einbringung einer Vorlage betreffend die obligatorische Alters- und Invaliditätsversicherung energig zu urgieren, wobei folgende Grundzüge zu berücksichtigen sind:

1. Die Versicherungsspflicht hat zu gelten für sämtliche Arbeiter und Beamte der Groß- und Kleinindustrie, des Bergbaues, der Handels- und Transportunternehmungen, des Hausflusses, der Land- und Forstwirtschaft, für die Diensthöfen — kurz, ausnahmslos für alle, die im Bezuge von Gehalt, von Geld- oder Naturallohn stehen.

Außerdem sollen verpflichtet werden diejenigen Kleingewerbetreibenden, die nur mit Lehrlingen oder mit 1-2 Gehilfen arbeiten, sowie Landwirte, die nur mit ihren Angehörigen oder höchstens zwei Hilfskräften arbeiten.

2. Als Mindestleistungen sind Renten in der Höhe von 50 Proz. des faktischen Lohnverdienstes zu gewähren und zwar die Altersrente vom 60. Lebensjahre an, die Invalidenrente an zeitweise Arbeitsfähige im unmittelbaren Anschluß an die Krankenversicherung an, dauernd Erwerbsunfähige ebenfalls sofort beim Eintritt der Invalidität, wobei als invalide derjenige zu betrachten ist, dessen Arbeitsverdienst infolge seiner mangelnden Arbeitsfähigkeit dauernd unter die Hälfte seines bisherigen Verdienstes in seinem Beruf gesunken ist.

3. Die Renten sollen nach je 3 Jahren um 10 Proz. steigen, bis 80 Proz. des wirklichen Verdienstes erreicht sind.

Die Einzahlung hat in acht Lohnklassen nach dem faktischen Einkommen zu erfolgen. Die Beiträge hat bei Invaliditätsrenten 3, bei Altersrenten 20 Jahre zu betragen.

4. Die Kosten der Versicherung sind entweder von Staat und Unternehmer unter staatlicher Garantie zu decken, oder durch Zuschläge zur Einkommensteuer aufzubringen, wobei bis zur Einführung der progressiven Einkommensteuer die ersten zehn Stufen frei bleiben, so daß also bloß Einkommen über 2000 Kronen belastet werden.

Im ersten Fall hat der Staat auch während der Dauer der Arbeitslosigkeit des Arbeiters für die Beiträge des Unternehmers aufzukommen.

Die Deckung der Kosten hat nach dem Kapitalbedarfsystem zu erfolgen.

5. Die Durchführung der Versicherung hat durch die Krankenkassen-Verbände zu erfolgen, deren Verwaltung den Versicherten und den Unternehmern unter Aufsicht des Staates zu übertragen ist.

Die Debatte bewegte sich übereinstimmend und ergänzend zu dem Referat. Nach kurzer Diskussion wurde ein Antrag Widdholz angenommen, wonach sich der Parteitag principiell mit der Resolution des Abgeordnetenhauses und die dem socialdemokratischen Verbande des Abgeordnetenhauses mit der Verweisung selbständiger Abänderung als Material für ein gesetzgeberisches Vorgehen überwiegen wird.

Der Parteitag nahm hierauf noch zum internationalen Kongreß Stellung. Dr. Adler hob die Wichtigkeit des Kongresses hervor, der eine gewaltige Demonstration gegen die europäische Brutalität und Gewaltpolitik und für den Weltfrieden werden wird.

Eine Resolution, die möglichst zahlreiche Beteiligung am Pariser Kongreß befristet, wird angenommen.

Ein Antrag Kessel-Grottau fordert die Parteivertretung auf, gegen die willkürliche und schamlose Erhöhung der Kohlenpreise eine allgemeine Aktion einzuleiten.

Der Antrag wird angenommen, mit der Durchführung wird die Parteivertretung betraut.

Der nächste deutsche Parteitag soll 1902 in Wien stattfinden. Im Jahre 1901 findet der Gesamtparteitag in Aachen statt. Die Vertrauensleute werden ohne Rücksicht auf die wechselnden Nachrichten über die Auflösung des Parlamentes aufgefördert, die Vorbereitungen für die Neuwahlen unverzüglich zu treffen und mit aller Eile und Umsicht die Wahlkampagne zu betreiben. Nach Schluß des Parteitages soll eine vertrauliche Sitzung über die Wahlvorbereitungen von den Delegierten abgehalten werden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Wupp-Bien hält eine kräftige, kernige Schlussansprache, die in ein Hoch auf die internationale Socialdemokratie ausklingt.

Die Delegierten stimmen dreimal in das Hoch ein, sie erheben sich von den Plätzen und singen stehend das Lied der Arbeit.

Partei-Nachrichten.

Achtung, Parteitag! Da die Meldungen für Quartiere der Delegierten zum Parteitag bis jetzt verhältnismäßig gering eingelaufen sind, richtet die Wohnungs-Kommission an alle Delegierten wie sonstige Besucher des Parteitages die Aufforderung, sich unverzüglich bei dem Vorsitzenden der Kommission Heinrich Zeeh, Mainz, Dreieckstraße 21, zu melden, da es sonst schwer fallen wird, für alle Besucher die nötigen Quartiere zu beschaffen. Zu beachten ist, daß Mainz in letzterer Zeit, infolge des Zugs zur Weltausstellung nach Paris, sich eines stärkeren Fremdenbesuchs als sonst zu erfreuen hat und deshalb die Beschaffung von Quartieren in sekundärer Beziehung eine sehr schwierige sein wird und nur derjenige Verzichtigung auf Quartier finden kann, der sich zeitig beim Wohnungsausschuß angemeldet hat.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Maser! Wir warnen die Kollegen, in Malmö in Schweden bei dem Masermeister S. Ekström, Kofun Gatan 12, Arbeit anzunehmen. Die Firma ist von den dortigen Kollegen gesperrt. Namentlich warnen wir vor einem Herrn Namens Lippold, welcher die Arbeiter hier anwirbt unter dem Versprechen, daß sie in Malmö bei seinem Sohn in Arbeit treten sollen. Besucher Lippold (Sohn) ist bei Ekström Poller. Es ist daher Ehrenpflicht jedes Berliner Masers, nach Malmö keine Arbeit anzunehmen.

Das Agitationskomitee.

der Maser für Berlin und Brandenburg.

Achtung, Buchbinder und Buchbinderei-Arbeiterinnen! Kollegen und Kolleginnen! Die Circulare, welche heute in den Werkstätten zur Unterschrift vorgelegt werden, ersuchen wir, auf keinen Fall zu unterschreiben. Falls deshalb Entlassungen erfolgen, ist sofort Mitteilung an den Unterzeichneten zu machen. Die Lohnkommission.

Albert Bergmann, Engel-Lifer 15, 2 Tr.

Steinfeyer Berlins und der Umgegend! Aus absolut sicherer Quelle ist dem Unterzeichneten die Mitteilung zugegangen, daß der Innungsverbands-Vorsitzende E. Kaufbrodt im Gegensatz zu dem im Weisen des Gesellenauschusses gefaßten Beschluß gestern die sämtlichen Innungsverbandsmitglieder schriftlich aufgefordert hat, Leipziger Steinfeyer unter keinen Umständen einzustellen, bezw. wo solche noch beschäftigt werden, dieselben sofort zu entlassen. Es ist den betreffenden Meistern sogar angedroht worden, falls sie dieser letzten Aufforderung nicht nachkommen, daß sie dann von ihren zuständigen Innungen zur Verantwortung gezogen werden sollen.

Kollegen! Gegenüber diesem offenkundigen Vortritt gibt es nur ein Mittel: Jetzt habt Ihr nicht nur zu verlangen, daß die Meister, die Euch zur Nacharbeit haben wollen, die schriftliche Erklärung dem Gesellenauschuss abgeben, daß sie Leipziger Steinfeyer einstellen wollen, sondern Ihr habt nunmehr darauf zu dringen, daß auch wirklich solche eingestellt werden! Geschieht das nicht,

dann unterbleibt jede Nacharbeit! In allen zweifelhaften Fällen wendet Euch sofort an den Gesellenauschuss.

Der Centralvorstand. J. A. A. Knoll.

Achtung, Holzbildhauer! Die Holzbildhauer in Hannover sind in den Streik getreten und hat bereits der Bildhauermeister Picenta dort Arbeiten für die Möbelfabrik Rehbock Witwe nach Berlin geschickt. Wo die Arbeit aufhört, haben die Kollegen dieselbe zurückzuweisen und sofort den Obmann der Agitationskommission davon zu benachrichtigen. Die Agitationskommission der Bildhauer Berlins. Otto Witsch, Berlin SO., Waldemarstr. 40A, v. III L.

Deutsches Reich.

Gegen den Arbeitsnachweis der Textilindustriellen in Forst protestierten am Donnerstagabend die Arbeiter dieses Berufs in drei großen Versammlungen. Die Geschäftsordnung dieses Arbeitsnachweises ist ganz im Geiste der Kühnemänner gehalten. Die Mitglieder des Verbands dürfen ihren Bedarf an Arbeitern nur durch den Arbeitsnachweis decken. Weigert sich ein Arbeiter, die ihm zugewiesene Arbeit ohne triftigen Grund anzunehmen, so wird ihm acht Tage keine Arbeit nachgewiesen. Diese Bestimmung ist um so härter, als in Forst in fast sämtlichen Betrieben keine Kündigung besteht und es dem Arbeiter doch freistehen muß, wenn ihm die Arbeit nicht paßt, dieselbe wieder aufzugeben. Die Arbeiter nahmen eine Resolution an, in der von einer Boykottierung des Arbeitsnachweises wegen der schlechten Konjunktur vorläufig abgesehen wurde. Das Gewerkschaftskartell wurde jedoch beauftragt, die Sache im Auge zu behalten und zu geeigneter Zeit Versammlungen einzuberufen. Dieser Arbeits-Nachweis hat eine eigenartige Vorgeschichte. Vor zwei Jahren brachte der Magistrat auf Antrag des Gewerkschafts-Kartells eine Vorlage in der Stadtverordneten-Versammlung ein, welche die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises befürwortete. Diese Vorlage wurde jedoch einstimmig abgelehnt. Das Gewerkschaftskartell wiederholte im Mai dieses Jahres seinen Antrag bei den Stadtverordneten. Diese überwiegen den Antrag einstimmig dem Magistrat zur Berücksichtigung. Im Juni erkrankte der erste Bürgermeister und übertrug die Vorlage dem zweiten Bürgermeister zur Ausarbeitung. Dieser glaubte sich jedoch seiner Pflicht entbunden, da ihm von den Fabrikanten die Mitteilung wurde, sie würden selbst einen Arbeitsnachweis errichten. Somit ist der Plan der Fabrikanten geblüht: eine Institution, die den Arbeitern zum Vorteil gereicht hätte, dient jetzt den Unternehmern zur Unterdrückung der Arbeiter.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Regensburg haben unsere Gewerkschaften zum erstenmal mit 500 Stimmen Majorität gegen die Centrumsanhänger den Sieg errufen.

Ausperrung in Solingen. Der Solinger Taschen- und Federmesser-Fabrikantenverein hat sämtliche 700 Mitglieder des Messerereiverbands ausgesperrt, weil letzterer über zwei Mitglieder des Fabrikantenvereins den Ausstand verhängt hatte. Der Ausstand der Messerschläger ist noch immer nicht beigelegt.

Nachklänge vom sächsischen Bergarbeiter-Kongreß. Vor dem Landgericht zu Jwanau wurde eine 34 Jahre alte Bergarbeiters-Gehilfin zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt, weil sie zwei einfallende arbeitswillige Vergleite mit beleidigenden Äußerungen bedacht haben soll.

Ausland.

In Pennsylvania droht im Anthracit-Kohlengebiet ein Ausstand der Bergarbeiter.

Sociales.

Unternehmer unter sich.

Recht wenig gelernt in Dingen der Arbeiterbewegung und der Socialpolitik haben scheinbar die Verwaltungen der deutschen Straßenbahnen, die gegenwärtig in Wiesbaden zu einem Kongreß versammelt sind. Und doch hätten die Lohnbewegungen, die gerade im verflossenen Jahre so zahlreich unter den Straßenbahn-Angestellten ausgebrochen sind, den Verwaltungen vielfach Gelegenheit geboten, sich ernstlich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Das haben sie aber nicht getan, und wo es democh geschehen ist, da haben die Betroffenen es noch nicht vermocht, von ihrem gänzlich veralteten englischen Unternehmerstandpunkt loszukommen.

Gleich in dem Jahresbericht, der dem Kongreß erstattet wurde, stößt man auf solche gänzlich schiefe Auffassung und Darstellung. Es heißt da über die Lohnkämpfe der Straßenbahn-Angestellten, daß diese von socialdemokratischer Seite inszeniert und mit ihnen politische Zwecke verfolgt worden seien. Deshalb habe der Vorstand an alle Betriebe die Aufforderung gerichtet, solchen Bestrebungen mit aller Entschiedenheit entgegen zu treten.

Es ist dagegen ganz allgemein bekannt — nur nicht den Herren, die den Dingen am nächsten stehen sollten — daß die in letzter Zeit vorgekommenen Ausstände und sonstigen Bewegungen unter Straßenbahn-Angestellten mit einer von socialdemokratischer Seite ausgehenden Agitation auch nicht das mindeste zu thun hatten. Es waren zum größten Teil ganz unvorbereitete ausbrechende Bewegungen, die lediglich die Befreiung von vielfach himmelstreichenden Mißständen bezweckten. Und in die Bewegung waren nicht nur politische ganz indifferente Elemente mit eingetreten, sondern auch solche Angestellte, die zu der Socialdemokratie feindlich gegenüberstehenden Parteien gehörten. Wo hätten sonst auch die Sympathien des bürgerlichen Publikums für die Streikenden herkommen sollen.

Es ist übrigens zu vermuten, daß den Verwaltungen dieser Sachverhalt nicht unbekannt ist und daß sie lediglich ihre Behauptung um deswillen erntet in die Welt setzen, um etwaige künftige Bewegungen unter den Angestellten von vorn herein beim bürgerlichen Publikum zu diskreditieren.

Was auf dem Kongreß sonst noch in Weißheiten über die Lohnbewegungen der Angestellten vorgebracht wurde, das ging zum großen Teil von dem Generaldirektor Böhl in Hamburg aus, der über die Lohnbewegung referierte. Er nannte sie nach einem aus vorliegenden Bericht eine „arme und eigentümliche“. Als Beispiel führte er dafür an, daß es unmöglich sei, wenn ein Angestellter selbst beurlaubt, oder er für ein Dienstvergehen Geldstrafe erleiden müsse, oder nicht. Eine solche Forderung sei thatsächlich in Berlin gestellt. Eine höhere Lohnforderung sei allerdings nicht unberechtigt, es komme aber darauf an, in welchem Rahmen sie sich bewege. Es werde ganz allgemein der Glaube erweckt, daß bei elektrischem Betrieb der Führer mehr angestrengt werde, als ein Pferdebahnführer, das sei aber in den allermeisten Fällen nicht zutreffend und deshalb eine Lohnerhöhung, die darauf basiere, sei nicht gerechtfertigt. Betreffend die Arbeitszeit gehe das Streben aller Verwaltungen darauf hin, dieselbe einzuschränken. Eine geistige Thätigkeit erfordere zudem die Arbeit nicht. Die Führer hätten sich ganz ohne Grund eingebildet resp. einreden lassen, daß sie besondere geistige Fähigkeiten besäßen. Seitens der Verwaltungen dürfe allerdings auch nicht Unbilliges verlangt werden. Mehr als 12 Stunden dürfe das Personal wohl im Durchschnitt nicht beschäftigt werden. Allerdings sei diese Angelegenheit schwer zu regeln, zumal in Anbetracht der dienstfreien Tage. Einem Verlangen nach 8 bis 10 stündiger Arbeitszeit müsse entgegengetreten werden. Redner regt an, eine Statistik über die Arbeit des Personals aufzustellen und erkläre seine Ausführungen als eine öffentliche Antwort an die Öffentlichkeit.

Es scheinen da, entweder in dem Bericht oder in dem Referat die verschiedensten Ansichten ein bischen bunt durcheinander getrieben zu sein. Zum schärfsten Widerspruch überfordert die Stelle von der für den Führer eines elektrischen Wagens nicht unbedeutende geistige Thätigkeit heraus. Natürlich hat sich nie ein solcher Angestellter eingebildet, daß er „besondere“ geistige Fähigkeiten besäße. Aber daß der Führer eines elektrischen Wagens im Straßenbahnverkehr der Großstadt und in schwierigen Momenten, die vielleicht die ganze Geistesgegenwart eines

Menschen erfordern können, „ohne geistige Thätigkeit“ auszukommen — das zu entbehren, blieb dem Generaldirektor der Straßenbahn der zweitgrößten Stadt Deutschlands vorbehalten.

Ueber die weiteren Verhandlungen zur Arbeiterfrage entnehmen wir dem uns vorliegenden Bericht noch die folgenden Mitteilungen: Direktor Wolff-Darmstadt plädierte für eine allgemeine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Angestellten. Der Vorsitzende wünschte dazu aber, daß die Regierung dann sich auch den Rat der einzelnen Verwaltungen hole. Direktor Kollé-Breslau hielt es für nötig, mit den Angestellten in ständiger Fühlung zu bleiben und wünschte darüber eine Aussprache, wie die Verwaltungen sich gegen Arbeiterbewegungen schützen könnten. Der Vorsitzende hielt diese jedoch in öffentlicher Versammlung für unthunlich, wies aber darauf hin, daß die Verwaltung bei Drohungen Mut zeigen solle, auf Unterhandlungen solle man sich dann nicht mehr einlassen, sondern es müsse in solchen Fällen der Grundsatz gelten: „Macht gegen Macht“. Hühling zur rechten Zeit zu nehmen, sei allerdings anzuraten. Direktor Kollé-Breslau hielt die Gründung von Pensionskassen für zweckmäßig, um der Socialdemokratie entgegenzutreten. Seitens des Vorsitzenden wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, den Gegenstand eingehend zu prüfen, insbesondere auch von der Seite, ob eigne Kassen gegründet oder an bestehende Anstalt geschickt werden sollte.

Troßlose Aussichten haben die Arbeiter in der Gesamtindustrie Düsseldorf. Durch die mehr und mehr zunehmende Flaute im Warenabfluß müssen schon mehrere Werke die allgemeine Arbeitszeit einschränken, ja zu Kündigungen von Tausenden und mehr Arbeitern greifen. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit wandelt hier unheimlich umher; wo man in Arbeiterkreisen hingört, hören vor dem kommenden Winter! In den Portierbüden der Stahl- und Eisenwerke, wie namentlich der Textilindustrie, meldet sich täglich eine große Schaar Arbeitsloser und so vielen muß das Donnerwort zugerufen werden: alles besetzt! Die Steuern sind hohe, die Mieten hier in Düsseldorf geradezu verächtlich hohe, die Lebensmittel steigen und steigen — Fenerung auf allen Gebieten des Lebens! Und dabei Chinakoller, Weltpolitik, Millionen und Abermillionen erforderlich, „heilige Kreuzzüge“, neue Gewehre, neue Säbel, neue Kanonen, wog aller Dementis; die allgemeine Unglücksbedeutung muß rapide zunehmen, mag man auf der Centrumsparade in Bonn u.och so laut darüber jammern!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Den Mitgliedern der Lokalkommission Berlin und des Umgegend zur Nachricht, daß am Sonntag, den 18. September, die neue Lokalliste erscheint. Wir erlauben daher, Reminders resp. Reminiscenzen bis spätestens zu Mittwoch an folgende Herren einzufenden: für Berlin an Karl Scholz, Wronschelstr. 110; für Nieder-Barnim an Paul Kette, Friedrichsfelde, Lichtenberger Weingartenallee 20a; für Teltow-Weeslow an Hermann Quitt, Nindorf, Hohenstr. 82, v. IV.; für Potsdam-Osthavelland an Ernst Rieger, Spandau, Kollsestr. 3; für Ober-Barnim an A. Salomon, Breiten a. O.

Zur Lokalliste. Der Männergesangverein Orpheus in Verbindung mit dem Orchesterverein Allegro veranstalten am Sonntag im Deutschen Hof, Ludanerstr. 15, ein Vergnügen, zu welchem veracht wird, Karten in Arbeiterkreisen abzugeben. Da dieses Lokal der Arbeiterpartei nicht zur Verfügung steht, so sind die Karten zurückzuweisen. Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 9. September, einen Familienausflug nach Friedrichshagen, Lokal Annenstein. Abfahrt vorm. 10 Uhr vom Schlesienschen Bahnhof. Rege Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Die geplante Beschäftigung der Volkshausstätte kann umständlicher am Sonntag nicht stattfinden, da hinsichtlich der Besucherzahl bestimmte Bedingungen gestellt werden. Am Montag findet der letzte Vortragabend in der Filiale Brunnenstr. 160 statt. Das Thema lautet: Ueber Vergiftungen und gefährliche Krankheitszustände. Reminiscenzen zum Winter-Kursus werden schon dort vorgenommen.

Der Arbeiter-Randernbund Berlin und Umgegend feiert heute abend in „Meisters Festhale“, Köpenickerstr. 29, sein fünftes Stiftungsfest. Der Vorstand hat nichts unversucht gelassen, um das Fest für die Arbeiterpartei gewinnreich zu gestalten. Speziell werden sehr sinnreiche lebende Bilder zur Aufführung gelangen.

Steglich-Friedenan. In der am Dienstag bei Schellhase, Steglitz, stattfindenden Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins spricht unser Gemeindevorsteher Genosse Rapp über „Communalpolitik“.

Gerichts-Beilage.

Graf Ahlefeldt vom Hause Eichenberg, königlich dänischer Kavallerie-Offizier und Mitglied der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft. Eine Visitenkarte mit diesem hochtönenden Inhalt gab ein Herr an einem Mai-Abende d. J. beim Förstner des Bestimmungsorts hinter den Linden ab, wobei er angab, daß er für längere Zeit im Hotel Unterkunst nehmen würde. Der vornehme Gast fand eine gebührende Aufnahme. In den ersten zwei Wochen verbrachte der Herr Graf seine Aemter und befestigte dadurch das ihm geschenkte Vertrauen. Der Geschäftsführer nahm auch keinen Anstand, für den Gast eine Kleiderrechnung in Höhe von 230 M. zu bezahlen. Als dem letzteren dann wieder die Wochenrechnung in Höhe von 140 M. vorgelegt wurde, erklärte der Graf, daß er auf Mittel von außerhalb warte. Am folgenden Tage war er verschwunden. Es meldeten sich nun verschiedene Geschäftsleute im Hotel, die an den angebliehen Grafen Ansprüche hatten. So hatte dieser sich u. a. bei der Firma Mohr u. Speyer eine Phantastik-Uniform ausfertigen lassen, wie sie seiner Angabe nach, von den Mitgliedern der Schleswig-Holsteinischen Ritterschaft getragen wurde. Der angebliehen Graf entpuppte sich als Hochstapler, der bald zur Haft gebracht wurde. Er stand gestern vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I. Das Schöffengericht hatte ihn zu 2 Monaten Gefängnis und 3 Tagen Haft verurteilt, welches Strafmaß dem Staatsanwalt zu niedrig schien. Der Angeklagte ist erst 17 Jahre alt und macht den Eindruck eines völlig unreifen Menschen. Er war Buchhandlungslehrling gewesen, hatte aber diese Stellung aufgeben müssen, weil er gar zu arg — gewaltig. Ein Kommando von ihm hätte sich drohlich anhören müssen. Ueber die Herkunft des Angeklagten ist folgendes festzustellen worden: Er ist der Sohn des verstorbenen Apothekers Rung zu Ederförde, der eine Witwe und sechs Kinder gezeugt hatte. Als sein Vater gestorben war, ohne Vermögen zu hinterlassen, zog dessen Witwe mit ihrem Knaben nach Potsdam. Sie heiratete bald einen Gutbesitzer, die Ehe wurde aber im vorigen Jahre geschieden. Der Angeklagte kam in der Schule bis Ober-Tertia, dann brachte man ihn in die Lehre. Als seine Eltern sich trennten, kümmerte sich niemand mehr um ihn, seine Mutter war auf eine Einnahme von 2000 Mark, die ihr aus einem Familienfidejucium zufließt, angewiesen. Jetzt verfiel der Angeklagte auf das Gebiet der Hochstaplei. Als er sich im Westminster-Hotel einquartierte, war er fast mittellos. Es wurde ihm aber eine unerwartete, wenn auch höchst unlautere Einnahmequelle. Wie er angab, hat er von einem älteren Herrn, den er im Tiergarten kennen lernte, 300 M. erhalten. Dadurch wurde er in den Stand gesetzt, die ersten Hotelrechnungen zu bezahlen. Durch die Verweigerung wurde festgestellt, daß der Angeklagte mit der Gewandtheit eines geriebenen Hochstaplers aufgetreten war, wenn es andererseits auch auffallend erschien, daß Berliner Geschäftsleute sich lediglich durch den hochtönenden Namen täuschen lassen. Der letztere Unstund hatte das Schöffengericht betrogen, auf ein so niedriges Strafmaß zu erkennen. Das Verurteilungsgericht war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß eine empfindlichere Strafe verhängt werden müsse, es wurde auf sechs Monate Gefängnis und 14 Tage Haft erkannt.

Verfassungen.

Die Drechslermeister waren am Donnerstag im Königl. Kasino versammelt, um den Bericht der Reumer-Kommission entgegen zu nehmen, welche mit einer gleichgliedrigen Kommission der Drechslergehilfen einen Lohnvertrag ausgearbeitet hatten, nach welchem in Zukunft gearbeitet bzw. bezahlt werden soll. Folgende Punkte geben zu längerer Debatte Anlaß:

I. Die Arbeitszeit beträgt in allen Betrieben wöchentlich 52 Stunden. Ueberstunden finden nicht statt.

II. In Betrieben, wo seitens der Gesellen Dampfgeld gezahlt oder eigenes Werkzeug, sowie Poliermaterial gehalten wird, übernimmt solcher der Arbeitgeber.

III. Den Gesellen wird ein genereller Lohnzuschlag gewährt. Die Preise werden nach Möglichkeit tarifmäßig festgelegt. Abzüge sind nicht zulässig. Auf Arbeiten, für die gegenwärtig höhere Preise gezahlt werden, als im Tarif festgelegt, bleiben dieselben bestehen.

IV. Arbeiten, die nicht im Tarif festgelegt sind, bleiben der freien Vereinbarung überlassen. Streitigkeiten in dieser Beziehung entscheidet die Richter-Kommission.

V. Arbeiten unter 6 M. werden in Lohn angefertigt. Für neue Arbeiten ist der bisher verdiente Durchschnittslohn des betreffenden Gesellen maßgebend, bei einzelnen Lohnarbeiten beträgt der Stundenlohn mindestens 50 Pf. Arbeiten in Wochenlohn werden nach Leistungen berechnet.

S. A. H. E. Drechslermeister, leitet die Diskussion über diese fünf Positionen ein; er erklärte, daß der vorliegende Tarif in der Kommission fast einstimmig von den Meistern angenommen sei, und er bitte die Anwesenden, dem Tarif umso mehr zuzustimmen, da die festgelegten Preise gegenwärtig bereits in einer Anzahl Betriebe gezahlt werden. Weitermann hat namentlich Bedenken gegen den Passus 5, daß der Lohn pro Stunde 50 Pf. betragen soll, er würde dem nicht zustimmen, denn das sei viel zu hoch berechnet, umso mehr, wenn man in Betracht zieht, daß es Gesellen giebt, die heute noch 20-21 Mark pro Woche verdienen. (Einzelnem Zustimmung.) Von den übrigen Rednern bedienten sich besonders Herr Grund und Caspazoli von Ausführungen, die in für die Gesellen recht verletzender Form die Ablehnung begründeten.

W. M. E. von der Gesellenkommission erklärte, daß die Forderung eines Stundenlohns von 50 Pf. so zu verstehen ist, daß Gesellen, die aus dem Accord herausgerissen werden, um irgend eine plötzliche Arbeit (einzelne Artikel) zu machen, für welche kein Accordtag gemacht werden kann, den Stundenlohn von 50 Pf. erhalten sollen. Nachdem dann Herr Bauerfachs den Vorschlag gemacht, bezüglich der Arbeiten unter 6 M. in 5. Punkt, dies der freien Vereinbarung zwischen Meister und Gesellen zu überlassen und die Gesellenkommission hierzu ihre Zustimmung gegeben, werden die vorgenannten 5 Punkte gegen die Stimmen der Herren Walter, Caspazoli und Grund angenommen. Nimmere wird in die Diskussion über die Spezialartikel eingetreten. Hier lehnt Herr Hermann Schmidt die Positionen ab und bemerkt, es wäre gleichbedeutend mit dem Zuschlagen der Meister, ummäßig könnten sie heute auf Duzend der einzelnen Artikel noch 20 Pf. mehr zahlen. Dann sollen die Gesellen streifen.

Tabert namens der Gesellenkommission weist nach, daß diese Lohnsätze, die von einzelnen Firmen bereits gezahlt werden, auch von Herrn Schmidt sehr gut gezahlt werden können. Im übrigen nimmt es wunder, wie sich Herr Grund, der doch vom Anfang bis zu Ende in der Kommission geblieben habe und dafür gestimmt habe, heute eine solche ablehnende Haltung der ganzen Sache gegenüber einnimmt. Würden die Tarifsätze angenommen, dann würde die Schmutzkonkurrenz in ganz erheblichem Maße beseitigt werden.

Bei der nun folgenden Abstimmung, in welcher nur die Interessenten stimmen, werden von den 14 im Spezialrat enthaltenen Lohnsätzen nicht weniger als 11 rumbweg abgelehnt unter dem Gesichter der Caspazoli, Walter und Grund.

Glocke, welcher nunmehr das Wort nimmt und in gebührender Weise das Verhalten der betreffenden Prinzipale kritisiert, giebt namens der Gesellenkommission die Erklärung ab, daß dieselben sich an solch einem Postenspiel nicht länger beteiligen wollen. Seitens der Arbeiter hat die ehrliche Ansicht bestanden, auf friedlichem Wege geordnete Verhältnisse im Beruf zu schaffen. Das ist seitens der Caspazoli, Grund und Genossen verübert. Mögen diese auch die Folgen tragen. Die beiden genannten Herren gebeten sich wie die Nasenden während der Ausführungen Glocke. Der Vorsitzende, Herr Obermeister Schulz, glaubt in salbungsvollen Worten Glocke ebenfalls Vorwürfe machen zu müssen. Die Gesellenkommission will nunmehr den Saal verlassen. Meister Bauerfachs ermahnt die Gesellen, nicht zu gehen, sondern zu bleiben. In sehr lokaler Weise verteidigt er die Haltung der Gesellen, wie auch die Ausführungen Glocke durchaus verächtlich waren. Die Vorwürfe des Herrn Obermeisters gegenüber Glocke gebühren den Herren Grund u. a. (Zustimmung.) Er könne das Verhalten der Meisterkommission nicht billigen, nachdem in der gemischten Kommission die gesamten Tarifvereinbarungen fast einstimmig angenommen, heute aber von den anwesenden Meistern der Kommission immer nur einer für die Position stimmt, könne er dieses Verhalten der Meister nicht als gentlemanmäßig bezeichnen und die Gesellenvertreter haben durchaus recht, wenn sie von einem Niederstimmen reden. Während dieser Ausführungen ergreifen sich die Grund, Caspazoli und Walter in erregten Schimpfsufen auf den Redner. Caspazoli, welcher nochmals das Wort ergreift, behauptet, die Gesellen hätten den Tarif so hoch gefordert, damit er abgelehnt werden müsse, weil wieder mal gestreikt werden soll. Er ergeht sich in Ausdrücken der unparlamentarischsten Art und bezieht sich schließlich die Gesellen als Gefühel. Damit lehnten die Vertreter der Gesellen jede weitere Verhandlung ab und verließen den Saal.

Die Berliner Guttempler, ein Verein für absolute Alkoholenthaltsamkeit, veranstaltete am Donnerstag in Kellers Festsaal eine öffentliche Vollerversammlung, in welcher Herr Dr. Moser-Basel einen Vortrag über „Die sociale Bedeutung der Alkoholverfrage“ hielt. Der Vortragende suchte nachzuweisen, daß der Alkohol der größte Feind der Menschheit sei, und daß er zur physischen und moralischen Degeneration der Menschheit führe. Geisteskrankheiten, Selbstmorde, Mordverbrechen und zahlreiche Ehescheidungen seien zum großen Teil auf das Konto des Alkohols zu legen. Auf alle menschlichen Funktionen und Organe wirkt der Alkohol lähmend und erschöpfend, deshalb sei absolute Enthaltensamkeit geboten. Die Abstammungsgedanken hätten sich schon einen großen Raum erobert, besonders in den nördlichen Ländern Europas sei durch diese Bewegung eine große Verringerung des Alkoholkonsums erreicht worden. Die Alkoholverfrage sei eine große Menschheitsfrage, die gelöst werden müsse. Der Vortragende, der sich unter dem Beifall der Versammlung als Socialist und Marxist vorstellte, betonte dann aber weiter, daß so wichtig die Alkoholverfrage wäre, niemand glauben solle, durch die Abstammungsbewegung könne die sociale Frage gelöst werden. Er wolle das ausdrücklich sagen, weil in der Arbeiterschaft vielfach die Meinung vorhanden sei, die Bewegung, welche er vertritt, sei geschaffen und dazu angethan, die arbeitenden Klassen von ihrem Verdrüßungskampfe abzulösen. — Die Diskussion bewegte sich in den Bahnen des Referats. Ein Redner sagte, in den deutschen Provinzen komme der politische Vorenstand besser fort, als der deutsche, weil er Abstammung über, daran könnten alle Anstehungskommissionen nichts ändern. Nach einer Aufforderung, dem Guttempler-Orden beizutreten oder eine neue Abstammungsorganisation zu gründen, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Die Glaschleifer hatten am Donnerstag im Gewerkschaftshaus eine gut besuchte öffentliche Versammlung, die zu dem von ihrer Kommission ausgearbeiteten einheitlichen Lohnvertrag Stellung nahm. B. K. K. referierte. Er legte ausführlich dar, wie notwendig eine Preisregulierung in den Facetten- und Schleifereien sei, auf die es bei der augenblicklichen Tarifbewegung ankomme. Redner schilderte ferner die sanitären Mängel in verschiedenen Schleifereien. In einer Wertstelle bliebe der Schleifschmied 4 bis 6 Wochen liegen. In einer anderen „schwimme es“. Die Wasser-

leitung solle dort zugleich als Dissofien genutzt werden. Neben Schmutz werde vielfach gellagt. Auch hier müßten die Kollegen für Abhilfe eintreten. Der Staatssekretär v. Poldowsky habe zwar schon vor Jahr und Tag versprochen, die Verhältnisse in den Schleifereien unterzuchen zu lassen. Bisher sei indessen, in Berlin wenigstens, eine Umfrage nicht erfolgt. Redner empfahl warm die Organisation und die Arbeiterpresse. — Nach kurzer Debatte stimmte die Versammlung dem Tarifentwurf zu und beschloß, daß dieser dem Arbeitgeberbunde beifalls Anerkennung und Einführung zum 1. Oktober baldigt vorzulegen sei. Damit wurde eine Kommission betraut, die aus H. H. Richter, A. Schröder, Pomereit, Biegert, Heise und dem Bevollmächtigten B. Wellisch besteht. — Neben die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission berichtete Deutel. Hierzu sprachen Reichen und Wellisch. Letzterer ist der Meinung, daß die kleineren Gewerkschaften in der Gewerkschaftskommission zurückgesetzt würden. Deutel bestritt dies. Zum Delegierten wurde Deutel wiedergewählt. — Das Andenken des kürzlich verstorbenen Kollegen Liebig ehrten die Versammelten in der üblichen Weise.

Die Töpfer hielten am Donnerstag bei Stechert, Andreasstraße, eine gutbesuchte Versammlung ab, in der Drunsel und andere Kommissionsmitglieder über die Verhandlungen mit den Unternehmern vor dem Berliner Einigungsamt berichteten. Die Verhandlungen, die von den Unternehmern veranlaßt wurden, hatten das Ergebnis, wie wir bereits in der Donnerstagsnummer mitteilten, daß der früher vor dem Einigungsamt vereinbarte Tarif in einigen Positionen ergänzt beziehungsweise klargestellt und nunmehr von den Vertretern der beiden Parteien aufs neue für die vordem festgesetzte Zeitdauer anerkannt worden ist. Dadurch ist, vorausgesetzt, daß die Unternehmer die Vereinbarungen strikte innehalten, wenigstens für eine längere Zeit ein stabiles Verhältnis geschaffen. Nach einer längeren Diskussion, in der auch die verschiedenen Mängel des Tarifs erörtert wurden, gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung spricht die Erwartung aus, nachdem sie Kenntnis genommen hat von den stattgefundenen Verhandlungen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts, daß die Arbeitgeber ihr gegebenes Versprechen einlösen und in kürzester Zeit in gemeinsamer Sitzung die im Tarif vorhandenen Fehler, namentlich die Hochpreise betreffend, ausgleichen werden. Die Versammelten versprechen, fest zur Organisation zu halten und für den größtmöglichen Ausbaub derselben zu wirken, um stets gerüstet zu sein, etwaigen Uebergriffen seitens der Unternehmer entgegenzutreten zu können.“ Außerdem wurde beschlossen, die Kommission für alle Fälle mit der Ausarbeitung eines neuen Tarifs zu beauftragen, der dann zur Einführung gelangen soll, wenn die Vereinbarungen von den Unternehmern nicht umgekehrt werden.

Hierauf wurde auf die Thätigkeit und die Aufgaben der sogenannten Mißhandelskommission hingewiesen, welche sich aus Angehörigen der verschiedenen Handwerke zusammensetzt und sodann H. J. J. als Vertreter der Töpfer in dieselbe gewählt, sowie auch der Beitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Jahr an die Kommission bewilligt. Als Revisor für den Centralvorstand wurde P. H. gewählt. Das Arrangement zu den demnächst stattfindenden Versammlungen wurde dem Vorstand überlassen. Nach einer kurzen Diskussion, in der das Verhalten der Pflasterleger den Töpfern gegenüber sehr lebhaft kritisiert und in der darauf hingewiesen worden war, daß Pflasterarbeiten von den Töpfern bereits in früheren Jahren ausgeführt worden sind und sie auch jetzt hierzu völlig berechtigt seien, wurde einstimmig folgende Resolution beschloffen: Die Versammlung der Töpfer protestiert gegen die Maßnahmen der Pflasterleger, nach welchen dieselben mit einem Töpfer nicht zusammenarbeiten wollen, sofern er nicht der Pflasterleger-Organisation angehört. Die Versammlung ist der Meinung, daß ein derartiges Vorgehen organisierter Arbeiter unzulässig ist.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 9. Septbr. vorm. 8 1/2 Uhr, im oberen Saal des Englischen Gartens, Alexanderstr. 27: Versammlung. „Freireligiöse Fortsetzung“. — Um 10 1/2 Uhr vorm. ebenfalls: Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche: „Das Lindenholz“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Verein der Buchdrucker und Schriftsetzer für Niddorf-Brin. Sonntag, den 9. September, nachm. 1 Uhr, Vereinsversammlung im Apollo-Theater, Bernmannstraße 50 (kleiner Saal). — Ausgabe der Blätter zum Stiftungsfeste.

Allgemeine Familien-Tierbe-Kasse. Heute Jahrtag Nr. 123 bei Dieck von 3-6 Uhr.

China.

Deutschland soll, so wird aus London gemeldet, den Mächten einen Kompromißvorschlag hinsichtlich der weiteren Besetzung von Peking unterbreitet haben. In der deutschen Note soll unter Festhalten an der Fortsetzung der Besetzung Pekings vorgeschlagen werden, daß die Anzahl der Truppen, die jede Macht hierfür zu stellen hat, begrenzt werde. Die übrigen Truppen sollen in Tientsin ein Lager beziehen. Ferner sollen die Eröffnungen, die China gemacht hat, erwarten lassen, daß dieses bereit ist, auf alles einzugehen, wenn der kaiserlichen Familie Schutz zugesichert wird.

Dieses angebliche Kompromiß ist in seiner Bedeutung erst zu würdigen, wenn Klarheit gegeben ist, eine wie starke Truppenmacht in Peking verbleiben soll und ob es bei Annahme dieses Vorschlags durch die Mächte möglich sein wird, endgültige Friedensverhandlungen einzuleiten. Sollte sich England, was uns noch sehr unwahrscheinlich erscheint, auf einen Kompromiß einlassen, so bleibt der große Vorteil, den es durch seinen Vorschlag bei der chinesischen Bevölkerung erlangen hat, democh bestehen.

Jedenfalls zeigt sich bereits, daß auch England keineswegs geneigt ist, sich durch scharfe Zurückweisung des russischen Vorschlags gegenüber China ähnlich bloßzustellen, wie dies Deutschlands fortdauernd kriegerisches Auftrumpfen ergiebt muß. Die „Westminster Gazette“, die dem Ministerpräsidenten nahe steht, läßt zum erstenmal einiges Licht auf die Anschauungen der englischen Regierung im jetzigen Stadium der chinesischen Frage fallen. Sie schreibt:

„Die Geschichte wiederhole sich. Als Deutschland nach Kiautschow gegangen sei, solle der deutsche Kaiser die Zustimmung des Jaren erhalten haben, ohne daß der letztere verstanden habe, was Deutschland in Wirklichkeit vor habe. Jetzt scheint sich etwas Ähnliches bei der Ernennung Waldersee's ereignet zu haben und daher dieser erstauuliche Vorschlag, Peking zu räumen. Soweit hierin eine Erklärung liegt, daß für den deutschen Oberbefehlshaber nicht gerade Arbeit gefunden werden müsse, weil er einmal unterwegs sei, wäre Großbritannien mit England völlig einer Ansicht. Englands Hauptziel sei die Befreiung der Gefandtschaften und die Schaffung von Sicherheit für die Zukunft durch Strafe und Garantie gewesen. Es brauche des Heroischen so wenig wie möglich, da die Umstände dazu nicht angethan seien. Aber unglücklicherweise gehe der russische Vorschlag für die britischen Interessen und die des Friedens und einer guten Regierung zu weit. Man könne nicht unthun, anzunehmen, daß die Mächte, wenn sie Peking aufgegeben hätten, zu Verhandlungen und zur Sicherung von Garantien für die Zukunft schlechter im stande wären. Das möge England nicht viel kümmern, da seine Interessen im Norden lägen, wo es dank seiner Nähe zu China und dank seiner Eisenbahn selbst zwischen könne. Aber für England sei es von vitaler Bedeutung. Wenn England den russischen Vorschlag nicht annehmen sollte, würde es in die Arme Deutschlands getrieben und dessen Ziele seien von denen Englands wiederum sehr verschieden. England werde fast sicher in der Randspure bleiben und England laufe das Risiko wiederholter Fritktion und Schwierigkeiten mit ihm. Die Frage, was Lord Salisbury unter diesen Umständen thun solle, sei schwierig zu beantworten, aber man könne England wissen lassen, daß man die eigentliche Ansicht seines Schritts verstehe. — daß er nicht gegen England gerichtet sei.

England könne kaum verbergen, daß der Schritt hinderlich sei, da er die Mächte in zwei Gruppen trenne, doch könne es England wissen lassen, daß es dessen Vorschläge nicht als antibrütisch auffasse. Gleichzeitig solle ein fähiger Diplomat England erklären können, daß England ziemlich wichtige Gründe habe, auf die Vorschläge nicht sofort einzugehen. Auf alle Fälle müsse England gewinnen. Selbst wenn es dem Wunsche der meisten Mächte nachgeben und sich aus Peking nicht zurückziehen sollte, werde feststehen, daß England fortzugehen wünschte, und wenn Deutschland und Großbritannien blieben, so werde China höchst wahrscheinlich gefagt werden, daß der Zwischenfall ihm seine wahren Freunde gezeigt habe.“

Es ist klar, daß England möglichst weit von der Droh- und Sühnepolitik abzurücken gedenkt. Deutschland bleibt allein als Vertreter des „heroischen“ Elements zurück und hat Schaden an seinem chinesischen Handel.

Chinesische Friedensgesuche.

Dem „Standard“ wird aus Shanghai gemeldet: Tschang-Tschang überbrachte dem englischen Konsul eine Depesche, in welcher er auf die ernststen Verluste hinweist, welche die Fortdauer des Kriegs dem englischen Handel zuzügen würde und hinzusetzt, in dem japanischen Kriege im Jahre 1894 habe England zugegeben, daß Russland Macht und Ansehen an sich rih. Dieselbe Sache würde auch eintreten, wenn England die Herbeiführung eines Einvernehmens aufschob und die andren Mächte zu einer Teilung Chinas schreiten würden. England, Japan und Amerika seien immer von dem Wunsch besetzt gewesen, ihren Handel weiter zu entwickeln und sich China gegenüber freundlich zu zeigen. Der Vizekönig bittet daher diese Mächte, Bevollmächtigte für Friedensverhandlungen mit Tschang-Tschang zu ernennen.

Ein Edikt des chinesischen Kaisers.

Ein in Tokio aus Shanghai eingelaufenes Telegramm meldet den Inhalt eines vom Kaiser von China erlassenen Dekrets, datiert vom 20. August, welches nach Shanghai aus Schank telegraphiert wurde. Der Kaiser drückt darin sein Mitgefühl und Bedauern über das von dem unglücklichen Völkchen erduldet große Leiden aus und appelliert an die Loyalität der offiziellen Klassen in diesem kritischen Moment. Er erklärt, selbst Schuld daran zu tragen und allein für das eingetretene Unglück verantwortlich zu sein, und beschließt allen Beamten der Centralregierung, sich so bald wie möglich in dem temporären Postlager einzufinden, um dort ihren Pflichten nachzukommen. Liu-Kung-ghu und Tschong-Schi-Tong werden ihre Bemühungen fortsetzen, die Fremden und den Handel an der Küste und am Flußufer zu beschützen. Schließlich hofft der Kaiser, daß sein Volk sich mit ihm darüber freuen wird, daß die Kaiserin sich in guter Gesundheit befindet, seitdem sie Peking verlassen.

In Peking.

London, 6. September. Die Abendblätter veröffentlichen eine Depesche aus Hongkong vom 6. September, derzufolge der Sekretär Tschung-Tschang mittelste, Tschung-Tschang habe die Mitteilung aus Peking erhalten, daß die Verbündeten allmählich den Chinesen gestatten, die Verwaltung der Stadt Peking wieder zu übernehmen. Prinz Tsching sei über die kaiserliche Stadt gesetzt worden.

Paris, 7. September. General Frey telegraphiert über Taku, den 2. September: Das erste Bataillon des 17. Marine-Infanterie-Regiments ist in Begleitung einer Batterie in Peking eingetroffen. In Peking und Umgegend herrscht fortdauernd Ruhe; der Gesundheitszustand der Truppen ist ausgezeichnet.

In Säden.

Tokio, 5. September. Ein Telegramm aus Futschau berichtet, daß der Böbel in Sadschin und Lupei gegen eingeborene Christen erste Ausschreitungen begangen hat. Die Stadtthore der benachbarten sechs Distrikte sind geschlossen worden.

London, 7. September. Die „Times“ melden aus Hongkong vom 6. September: Hier sind Gerüchte über ernste Unruhen in Lun-tschan verbreitet, wo der Paikelt von Wutschan mit 100 Soldaten von einer Bande Briganten belagert sein soll und Hilfstruppen verlangte.

Lezte Meldungen.

Colombo, 7. September. (W. L. W.) Generalfeldmarschall Graf von Waldersee ist am Bord der „Sachien“ heute früh hier eingetroffen. Nach mehrstündigem Verweilen an Land setzte der Generalfeldmarschall die Reise fort.

Cran, 7. September. (W. L. W.) Das 4. Bataillon des 2. Javaden-Regiments in Stärke von 20 Offizieren und 1000 Soldaten ist gestern Abend an Bord des „Veibo“ nach Taku abgegangen.

Paris, 7. September. (W. L. W.) Das Auswärtige Amt teilt der „Paris Nouvelle“ folgendes mit: Der französische Konsul in Shanghai telegraphiert, daß der Vizekönig von Kanlung auf seine Aufforderung hin einen spanischen Vitor und zwei Missionare, deren Leben in Gefahr war, bis nach Kanlung escortediert ließ. Herr von Ezaurer hat gleichfalls eine Eskorte für einen französischen Missionar aus dem östlichen Kuangsi erhalten.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Der österreichische Reichsrat aufgelöst.

Wien, 7. September. (W. L. W.) Die „Wiener Zeitung“ bringt ein kaiserliches Patent vom 7. September, womit das Haus der Abgeordneten des Reichsrats aufgelöst wird. Die allgemeinen Neuwahlen sind gleich einzuleiten und durchzuführen.

Unruhen in Syrien.

Frankfurt a. M., 7. September. (W. L. W.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel von heute: In Haifa (Syrien) griffen wegen eines von den dortigen Deutschen rechtlich in Besitz genommenen Terrains mehr als 80 griechisch-orientierte Syrier die türkischen Wachen an. Letztere mühten sich zurückzuziehen. Die Angreifer wurden später von herbeigekommenen Deutschen vertrieben, wobei auf beiden Seiten mehrere Beschädigte schwer verwundet wurden. Infolge der unmittelbaren darauf erfolgten Vorstellungen des deutschen Vorkonstellers Hrhn. v. Marschall befaß der Sultan Einleitung einer strengen Untersuchung. Zwanzig Syrier sind verhaftet und die dortigen Wachen durch eine Abteilung Soldaten verstärkt worden.

Frankfurt a. M., 7. September. (W. L. W.) Der Frankf. Jtg.* wird aus Stralburg gemeldet: John in Marlich beschäftigte italienische Arbeiter wurden wegen anarchistischer Untriebe aus Schlafhötrungen ausgewiesen und über die schweizerische Grenze befohrt.

Paris, 7. Sept. Die „Agence Havas“ meldet aus Marseille: Das Ministerium der Kolonien karterte drei weitere Dampfer für den Transport von Kriegsmaterial, 900 Maultieren und 300 Zeltern nach China.

London, 7. September. (W. L. W.) Nach Konstantinopeler Meldungen entredte der Velbarat des Sultans, Amasin, ein gegen das Leben des Sultans gerichtetes Komplott (f). Eine Frau, zwei Ungarn, zwei Jmans und 118 andre Personen sind verhaftet worden. Die Untersuchung ist eingeleitet.

London, 7. September. (W. L. W.) Der Handelsaußweis für Monat August verzeichnet bei der Einfuhr eine Zunahme von 1408 661 Pfund und bei der Ausfuhr eine Zunahme von 2 720 085 Pfund Sterling.

Segovia, 7. September. (W. L. W.) In der Ortschaft Linares stürzte infolge heftigen Sturmes das Schulhaus ein, zehn Kinder kamen unter den Trümmern um. In Montalvo wurde eine Frau vom Wlg getötet.

New York, 7. September. (W. L. W.) Wie die „New York Times“ melden, bereitet die amerikanische Regierung eine zweite Note an die russische Regierung vor, welche heute abgehandelt werden soll. Abschriften derselben werden allen Mächten übermittelt werden. Wie man annimmt, wird die Note den Vorschlag enthalten, in Peking eine kleine Schutzwache zu hinterlassen, statt die Hauptstadt gänzlich zu räumen.

Die Organisation der Partei.

Zur Diskussion über den Organisations-Entwurf wird uns aus dem Parteisekretariat geschrieben:

Wie es nicht anders zu erwarten war, wird an dem Entwurf die lose Form angefochten und eine stramme Centralisation, aufgebaut auf socialdemokratischen Lokalvereinen, gefordert. Es ist diese Forderung gestellt von dem Genossen Br. in der Nr. 205 des „Vorwärts“, in den Anträgen der Genossen aus dem Saarrevier an den Parteitag und in einem Artikel des Genossen Parvus, der jedoch die Stunde durch die Parteipresse macht. Centralisation ist ein Schlagwort, das in der Partei von jeher einen guten Klang hat, und wir zweifeln nicht daran, daß sowohl in der Kommission wie auch in der Fraktion, wo der Entwurf vorbereitet wurde, die Centralisten die große Mehrheit bildeten. Wenn trotzdem von einer auf Lokalvereine gestützten Centralorganisation abgesehen wurde, so darf man sicher sein, daß zwingende Gründe dafür maßgebend waren. Ein Muster für eine solche Organisation hätte es ja in der Parteigeschichte nicht gefehlt, man hätte nur alle Statuten ausgegraben und mit geringen Veränderungen versehen brauchen. Ein Blick auf die Gesamtorganisation der Partei zeigt aber, daß eine solche Reorganisation der Partei ein sehr gewagtes Experiment wäre. Hätte uns das nach Aufhebung des Socialistengesetzes das Verbindungsverbot für politische Vereine nicht im Wege gestanden, so hätte damals vielleicht mit Aussicht auf Erfolg der Versuch auf Einführung einer streng centralistischen Organisation gemacht werden können.

Seitdem sind zehn Jahre reger und auch erfolgreicher agitatorischer und organisatorischer Tätigkeit in der Partei verfloßen. Die Landes-, Provinzial- und Ortsorganisationen haben sich, den jeweils sehr verschiedenen Verhältnissen anpassend, entwickelt und die Gesamtpartei hat unter dieser Vielgestaltigkeit der Organisationen nicht gelitten, sondern Erfolg auf Erfolg gehäuft. Auch die Einheitslichkeit der Parteifunktionen hat nicht gelitten. Wir erinnern hier nur an die glänzend geführten Wahlkampagnen 1893 und 1898, an die Kämpfe gegen die Umsturzvorlage, das Justizhausgesetz usw. Was die Parteioorganisation auf finanziellen Gebiete geleistet hat, das lehren uns die jedes Jahr auf den Parteitag geleisteten Abrechnungen.

Neben diesen Leistungen der Gesamtpartei stehen uns die großen Erfolge der Landes-, Provinzial- und Ortsorganisationen. Alle die Kämpfe, die notwendig waren, um unseren Vertretern den Eingang in die Landes- und Kommunalvertretungen zu ermöglichen, die Gewerbegerichtswahlen usw., sie wurden organisiert und geführt von den einzelnen Organisationen, die sich im Laufe der Jahre gebildet haben, nicht nach einer Schablone, sondern den jeweils sich geltend machenden Verhältnissen entsprechend.

Unsere Parteiorganisation in ihrer Vielgestaltigkeit, wie sie sich heute zeigt, ist geworden, aus den Bedürfnissen heraus zu wachsen. Die in Halle geschaffene lose Form erlaubte, sich der Eigenartigkeit der Verhältnisse anzupassen, ohne der Einigkeit Abbruch zu thun.

Wenn nun angesichts der Erfolge, die die Partei auf dem in Halle eingeschlagenen Wege erzielt hat, die Ausharrieren des Entwurfs davon abgesehen haben, eine vollständige Umwälzung der Organisation, durch Einführung eines strammen Centralismus, in Vorschlag zu bringen, so haben sie einfach den Thatfachen Rechnung getragen.

Ein Organisationsentwurf, wie ihn die Genossen Br. und Parvus anscheinend wünschen, wäre schon in der Fraktion auf starken Widerspruch gestoßen, würde aber auf dem Parteitag nie zur Annahme gelangen.

Man beachte, daß in sämtlichen süddeutschen Staaten, in Sachsen, Thüringen und fast allen norddeutschen Kleinstaaten und preussischen Provinzen, Landes- oder Provinzorganisationen bestehen, deren Statuten selbst wieder in fast allen wesentlichen Bestimmungen von einander abweichen.

Will man nun den Genossen zuzimmern, ihre seit Jahren erprobten Einrichtungen aufzugeben und eine einzige Schablone einzuführen?

Will man dies nicht, sondern sollen die durch das Bedürfnis geschaffenen Eigenarten gespart bleiben, so stellt man sich eben auf den Boden des Entwurfs, der ja dasselbe will, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß dieser in jedem einzelnen Punkte vollkommen ist und keiner Verbesserung möglich sei.

Der strikten Durchführung einer auf Lokalvereine gestützten Centralisation stellen sich aber auch noch andere Schwierigkeiten entgegen. Genosse Parvus schreibt: „Will man regelmäßige Beiträge aus allen Orten, so muß man Vereine gründen — um diese Thatsache kommt man nicht herum.“

Das ist sehr gut gesagt, nur möchten wir an den Genossen Parvus die Frage richten, wie es die Genossen in Weidenburg — wo es heber ein Vereins- noch ein Versammlungsgesetz gibt, anfangen sollen, Vereine zu bilden? In andern Ländern, so in Bayern, Braunschweig, Preußen etc., dürfen Frauen nicht Mitglieder politischer Vereine sein. Will man nun unser Partei, die in ihrem Programm gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung fordert, wirklich zuzimmern, eine Bestimmung in ihr Organisationsstatut aufzunehmen, durch die den Frauen für den größten Teil Deutschlands die Parteimitgliedschaft unmöglich gemacht wird?

Die gesetzlich vorgeschriebene Pflicht, der Polizei auf Verlangen die Mitgliederlisten einzureichen, hat häufig den Mißbrauch im Gefolge, daß den Arbeitgeber die Arbeiter denunziert werden, die socialistischen Vereinen angehören. Für die Bediensteten der Arbeiter in den Staatsbetrieben ist diese Mitgliedschaft so wie so ausgeschlossen.

Wie will man es nun angesichts dieser Zustände rechtfertigen, eine Bestimmung in das Organisationsstatut aufzunehmen, wonach nur die Mitgliedschaft in einem socialdemokratischen Verein die Parteizugehörigkeit legitimiert?

Genosse Parvus vernimmt in dem Entwurf auch eine Regelung des Verhältnisses zwischen der allgemeinen Parteiorganisation und den Landes-, Provinz- und Lokalvertretungen. Er sagt mit Recht, daß unter dem Verbindungsverbot eine solche Regelung ausgeschlossen war, jetzt aber sei sie nicht nur möglich, sondern sogar notwendig, dann:

„Unter dieser unregelmäßigen Entwicklung hat die Einheitslichkeit der Parteioorganisation sehr gelitten.“

Letztere Annahme mag hier unerörtert bleiben. Wichtig ist, daß die strikte „Einheitslichkeit“ nicht überall angestrebt wird. Für die Gesamtpartei ist aber eine Regelung, wie sie Parvus wünscht, nicht notwendig. So weit ein Verkehr zwischen der Centralbehörde der Partei und den einzelnen Landesvertretungen notwendig ist, so hat sich bisher dafür eine Form gefunden, und wird sich in Zukunft dafür eine solche finden. In der allgemeinen Parteiorganisation aber, auf unseren allgemeinen Parteitag usw., da kennen wir und brauchen wir diese Spezialorganisationen und ihre besondere Vertretung nicht. Der bayerische oder sächsische Landesvorstand der bayerischen oder sächsischen socialdemokratischen Partei findet die Grenzen seiner Wirksamkeit an den Landesgrenzen. So wurde es bisher gehalten, so wird es wohl auch in Zukunft bleiben.

Je mehr Vorschriften erlassen und Kompetenzen eingerichtete werden, desto mehr Eifersüchteleien und Kompetenzkonflikte werden in die Erscheinung treten.

Ueber die Bestimmung des Entwurfs, daß für die Parteizugehörigkeit neben der Anerkennung der Programmgrundsätze auch die dauernde Unterstützung der Partei durch Geldmittel gefordert wird, haben wir uns bereits früher ausgesprochen. Hier also nur noch ein paar Worte. Parvus findet, daß die Forderung im Entwurf unbestimmt gehalten, nicht genügend substantiiert sei. Das ist richtig, erklärt sich aber aus der Unmöglichkeit, eine geschlossene Parteioorganisation einzuführen. Die Gründe, die dies unmöglich machen, haben wir ja bereits angeführt. Hier müssen sich eben die

Genossen den gegebenen Verhältnissen anpassen, und daß sie das fertig bekommen, haben sie schon viel schwierigeren Aufgaben gegenüber bewiesen. Wo sich aber dem angestrebten Zweck, nur organisierte und die Partei geistig und materiell unterstützende Genossen an der Erledigung und Entscheidung über Parteiangelegenheiten teilnehmen zu lassen, unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, da muß es eben bleiben wie es bisher war.

Wenn weiter der Genosse Parvus an dem Worte „dauernd“ Anstoß nimmt, weil er nicht weiß, was damit gemeint sei: ein Monat oder ein Jahr? so lohnt es sich wohl nicht, auf solche Wortklaubereien auch nur mit einem Wort weiter einzugehen.

Nun begegnen wir immer und immer wieder dem Entwurf, daß man doch Rücksicht auf die ganz armen Proletarier nehmen müsse, die selbst die kleinste Gabe für Parteizwecke nicht erbringen können. Daß es solche arme Teufel giebt, ist wohl auch den Ausarbeitern des Entwurfs nicht unbekannt; aber wo steht denn in dem Entwurf geschrieben, daß es den Genossen der einzelnen Orte nicht gestattet sei, Ausnahmen zu machen? Der Paragraph 1 stellt doch nur die Regel auf, aber keine Regel ohne Ausnahme.

Uebrigens hat — mit Ausnahme des Hallenser Statuts — noch keine Organisation der deutschen socialdemokratischen Partei existiert, in der nicht die Beitragsleistung genau fixiert gewesen wäre. Auch heute haben sämtliche Landesorganisationen eine bezügliche Vorschrift, und wo existiert denn ein socialdemokratischer Parteiverein, der von seinen Mitgliedern keine Beiträge erhebt?

Angesichts dieser Thatsachen verstehen wir die jetzt lautgewordenen Aeusserungen gegen den Vorschlag im § 1 nicht. Wollen die Gegner des Vorschlags konsequent sein, dann müßten sie verlangen, daß die Bestimmungen über die Beitragspflicht aus allen Parteiverordnungen gestrichen werden. Diese Forderung für die Verarmten macht dem guten Herzen der betreffenden Genossen ja alle Ehre, aber sie reut wirklich nur offene Thüren ein. Bisher war es in der Partei Sitte und Gebrauch, den ganz armen Genossen zu helfen, so gut es anging, und niemand ist es bisher eingefallen, die Parteizugehörigkeit nach dem Umfang des Portemonnoies zu bemessen. Daß das auch in Zukunft so bleibe, damit sind wir alle einverstanden.

Viel beachtenswerter ist auch die Vorschrift in § 2 des Entwurfs, wonach über die fernere Zugehörigkeit zur Partei, nach Anhörung der Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstags-Wahlkreise, der Parteivorstand entscheiden soll.

Es mag dahin gestellt bleiben, ob der Entwurf in seiner jetzigen Fassung das Richtige trifft. Vielleicht ist mit dem Vorschlage, der früheren Einrichtungen in der Partei entspricht, die erste Entscheidung durch ein Schiedsgericht treffen zu lassen, die Frage besser gelöst. Sicher thut man dem zukünftigen Parteivorstand, gleichgültig, wie er zusammengelegt ist, den größten Gefallen, wenn man ihm die unlieblichsten aller Aufgaben, den Ausschluß eines Genossen aus der Partei zu vollziehen, abnimmt.

Nur die jetzigen Bestimmungen der Organisation sind unzureichend, das hat die Praxis unüberdrehlich bewiesen. Es genügt wohl auf die Thatsache aufmerksam zu machen, daß zum Beispiel Dr. Völkgenau formell heute noch nicht aus der Partei ausgeschlossen ist.

Der Parteivorstand hat seinerzeit erklärt, daß er für „jede fernere Parteizugehörigkeit Völkgenaus die Verantwortung ablehne“ und der Parteitag in Hannover beschloß, daß Völkgenau unwidrig ist, irgend welche Vertrauensstellung in der Partei zu bekleiden.“

Aber weder die Parteigenossen in Dortmund noch die des Dortmunder Kreises — die einzigen, die noch unserer jetzigen Organisation dazu berechtigt sind — haben Völkgenau aus der Partei ausgeschlossen. Vor Hannover war ein solcher Beschluß auch kaum zu erzielen und nach Hannover wurde er wohl für überflüssig gehalten.

Wir alle wünschen und hoffen, daß ein solcher Fall sich nicht wiederhole, aber dieser Wunsch schützt uns nicht vor der Möglichkeit, daß dies doch geschieht. Für einen solchen Fall müssen wir aber Vorkehrungen treffen, gleichgültig wie. Bis zu welchen ungeheuerlichen Uebertreibungen in den Köpfen einzelner Genossen sich übrigens die Gegnerschaft gegen den Vorschlag in § 2 ausgewachsen hat, dafür mögen die Einwendungen des Genossen Parvus hier zum Teil angeführt werden.

Parvus nennt den betreffenden Vorschlag einen „Demerkeil“ gegen die Hand des Parteivorstands; der Vorschlag sei „durchaus undemokratisch“ und führe mit zur „persönlichen Diktatur“. Der Ausschluß aus der Partei sei — im Rahmen der Partei — gleich mit der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Dazu bedarf es aber im bürgerlichen Leben einer richterlichen Entscheidung, bei uns soll das durch einen „Kas des Parteivorstands“ besorgt werden. So was giebt es selbst in Rußland nicht.

Ja, so führt Parvus weiter an: „Nicht man die äußersten Konsequenzen des Rechts des Ausschusses aus der Partei, so findet man, daß dem Parteivorstand darin ein Mittel gegeben wird, selbst die Parteikontrolle und den Parteitag nach seinem Willen zusammenzuführen. Ja, wenn sich in Parteivorstand ein verrätherisches Triumvirat bilden würde, das etwa eine Regierungspolizei in der Art, wie man es von Schweizer nachsagt, treiben wollte, so könnten diese drei Männer die übrigen zwei Vorstandsmitglieder einfach aus der Partei ausschließen — vielleicht indem sie sie für „Unabhängige“ oder, um das neueste Schlagwort zu gebrauchen, für „Wanzen“ erklären — sie könnten in der gleichen Weise die Parteikontrolle „läutern“, dann in Verbindung mit dieser bei den Wahlen zum Parteitag alle Elemente ausschließen, die ihnen nicht passen.“

Ersthaft auf diese Ausführungen einzugehen, wird wohl niemand verlangen. Daß sie von einigen Parteiblättern ohne jede Bemerkung abgedruckt werden, erklärt sich wohl aus der lieben Gewohnheit, den fälligen Leitartikel aus der Welt (?) Korrespondenz zu häuten.

Parvus, der übrigens hervorhebt, daß er dem jetzigen Parteivorstand so viel Schlechtigkeit nicht zutraut, nennt seine Ausführungen selbst „Ungehörlichkeiten“, aber:

„Die Möglichkeit dieses Gewaltstreiks ergibt sich logisch aus der gekennzeichneten Nachlässigkeit des Parteivorstands.“

Na, ein Blick, daß Parvus wagt und die Partei vor dem gähnenden Abgrund warnt. Er hat ja dieses Bänkchen schon öfter geübt und immer mit dem gleichen Resultat.

Was sonst noch gegen den Entwurf vorgebracht wurde, ist entweder nur rein formeller Art, oder bezieht sich, wie ein Artikel in der „Königsberger Tribüne“, auf die durch die Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuchs notwendig gewordenen Einschaltungen. Die Auseinandersetzungen darüber überlassen wir wohl am besten unsern juristischen Freunden in der Fraktion, denen ja auch die Baterschaft für diese Bestimmungen zukommt. Wir wollen schließen mit dem Wunsche, daß der Parteitag in Mainz auch die Frage der Organisation recht rasch und recht begiegt erledigt.

Lokales.

Die Ueberfüllung der Berliner Gemeindeschulen

hat in den letzten Jahren unverkennbar nachgelassen. Die Besserung ist noch nicht groß, aber auch das Wenige, was bis jetzt erreicht ist, wäre wahrscheinlich nicht erreicht worden, wenn nicht die städtischen Behörden durch die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung dazu gedrängt worden wären, endlich etwas gegen die Ueberfüllung zu thun. Von den Arbeitervertretern in der Stadverordnetenversammlung und auch vom „Vorwärts“ ist dieser Unzufriedenheit oft genug Ausdruck verliehen worden; wir freuen uns, feststellen zu können, daß die Bemühungen nicht ganz erfolglos gewesen sind.

Wir sind jetzt wenigstens so weit, daß die Durchschnittsfrequenz der Berliner Gemeindeschulen in diesem Sommer nur noch rund 60 Kinder pro Klasse beträgt, während sie sich vor einem Jahrzehnt auf etwa 65 stellte. Daß wir damit gleichwohl noch lange nicht zu normalen, dem Unterrichtserfolg förderlichen Zuständen gelangt sind, das brauchen wir wohl nicht erst hervorzuheben; der Leiter unserer Gemeindeschulwesens hat vorläufig noch recht wenig Grund, mit Stolz — wie er es zu thun pflegt — auf den in obigen Zahlen hervortretenden „Fortschritt“ hinzuweisen.

Es versteht sich auch von selbst, daß die Thatsache der Verringerung der durchschnittlichen Frequenz nicht ausschließt, daß in einzelnen viele Klassen immer noch sehr weit über jenen Durchschnitt hinaus besetzt sind. In den fünfsten und sechsten Klassen darf die Frequenz nach wie vor bis 69 hinausgehen, und sie geht leider wirklich noch recht oft so weit hinaus. Der Uebelstand der Ueberfüllung ist nur nicht mehr so allgemein wie früher; aber wo er fortbesteht, da hat er an Intensität nichts eingebüßt. Die Betrachtung des Rückgangs der durchschnittlichen Frequenz täuscht über diesen Umstand leicht hinweg. Erst wenn man die Frequenz der einzelnen Klassen prüft, erkennt man, wieviel noch zu bessern übrig ist.

Am 1. Mai dieses Jahres sahen in überhaupt 4187 Gemeindeschulklassen 209 050 Kinder, das macht pro Klasse, wie oben angegeben, im Durchschnitt rund 60 Kinder. Es konnten aber auf die 600 sechsten Klassen allein 88 424 und auf die 652 fünften 87 778 Kinder, also im Durchschnitt auf eine sechste Klasse über 68 und auf eine fünfte fast 68 Kinder. Die Einzelbetrachtung ergibt, daß in 334 sechsten Klassen je 60 oder mehr Kinder sahen, davon beispielsweise in 25 Klassen je 65 Kinder, in 26 je 66, in 34 je 67, in 83 je 68, in 81 Klassen die als Maximum festgesetzte Zahl von 69 Kindern, in 1 Klasse die folglich unzulässige Zahl von 70 Kindern und in 1 Klasse sogar 71 Kinder. In den fünften Klassen sah es ganz ähnlich aus. Je 60 oder mehr Kinder sahen in 308 fünften Klassen, davon in 25 Klassen je 65 Kinder, in 24 je 66, in 20 je 67, in 19 je 68, in 22 je 69 — das angebliche Maximum, in 1 Klasse 70 Kinder und in 3 Klassen je 71 Kinder. In den 728 vierten Klassen, die am 1. Mai vorhanden waren, sahen 30 275 Kinder, das macht im Durchschnitt pro Klasse fast 64 Kinder. Als Maximum ist hier 60 festgelegt. Dieses Maximum wurde in 84 Klassen erreicht. In 68 Klassen wurde es sogar noch überschritten; die thatsächlich höchsten Zahlen, die in den vierten Klassen vorkamen, waren in 2 Klassen je 65 Kinder, in 2 je 66 und in 1 Klasse 69 Kinder. Erträglichere Zustände begegnet man erst in den 732 dritten, 606 zweiten und 682 ersten Klassen. Hier sahen 35 227, 30 007 und 27 611 Kinder, macht pro Klasse rund 48, 45 und 40 bis 41 Kinder. Als Maximum gilt in diesen Klassen 60. Es wurde auch hier sehr oft noch überschritten, namentlich in den letzten Klassen, wo thatsächlich Frequenzen bis zu 61 vorkamen.

Man sieht, wie wenig das Maximum respektiert wird. Als ob dieses „Maximum“ nicht ohnedies schon viel zu hoch bemessen wäre! Nach den Grundfäden einer vernünftigen Pädagogik darf für eine sechste Klasse nicht 69, sondern etwa die Hälfte als zulässig gelten. Von diesem Ideal ist die Berliner Gemeindeschule noch unendlich weit entfernt — trotz der Verminderung der Durchschnittsfrequenz!

Unerfüllte Versprechungen der Straßenbahn-Direktion.

Gemäß den beim Abschluß des Straßenbahner-Streiks zwischen der Direktion und den Angestellten getroffenen Vereinbarungen sollten 2000 Zettel eingeführt werden. Diese Einrichtung sollte den Angestellten die Möglichkeit geben, bei der Gehaltsauszahlung selber zu prüfen, ob die Berechnung auch stimmt, oder ob sie nicht etwa durch Versehen irgend eines Beamten — irren ist ja menschlich — zu kurz gekommen seien. Die Lohnzettel sind bis jetzt immer noch nicht eingeführt. Die Angestellten legen aber auf diese Einrichtung großes Gewicht. Wie berechtigt das Verlangen nach Lohnzetteln ist, geht daraus hervor, daß sich das feste Gehalt bei jeder Auszahlung einerseits durch den Betrag für geleistete Ueberstunden erhöht, andererseits durch Straf-gelder, die das Conto des Angestellten belasten, vermindert. Gar zu häufig kommt es vor, daß die Summe, die dem Angestellten ausgezahlt wird, hinter dem, was er seiner Berechnung nach erhalten müßte, zurückbleibt. Da aber der Angestellte keine Kohlberechnung in der Hand hat, so ist es ihm in den meisten Fällen nicht möglich, etwaige Irrtümer des betreffenden Beamten richtig zu stellen.

Was die Berechnung der Ueberstunden betrifft, die ja seit dem Streik besonders bezahlt werden sollen, so klagen die Angestellten über große Willkür der Hofverwalter. Es ist gar nicht selten, daß dieser die Hälfte der Ueberstunden, welche die Angestellten gemacht haben, einfach streicht, so daß also nur ein Teil der Ueberstunden bezahlt wird und der andre Teil umsonst geleistet ist.

Zu den Vereinbarungen, welche den Streik zum Abschluß brachten, ist den Angestellten zugesichert worden, daß die Halbezeit an den Endpunkten 12 Minuten betragen soll. Bei der Aufstellung der neuen Fahrpläne hat die Betriebsleitung aber auf diese Zusage nicht die gebührende Rücksicht genommen. Wir haben die Fahrpläne von einigen nach westlichen Vororten führenden Straßenbahnlinien gesehen. In diesen Plänen sind an den Endpunkten durchweg nur 5 Minuten Halbezeit vorgeesehen.

Bedenkt man, daß ein Teil der geringen Pause durch das Umrangieren der Wagen und ähnliche Verrichtungen verloren geht, so bleibt den Angestellten thatsächlich während der ganzen Dauer des Dienstes nicht so viel Zeit, daß sie einen Jubel, geschweige denn eine Wohlthat empfinden könnten.

Wenn sich die Direktion nicht durch ihre Zusage gebunden fühlt, dann sollte sie schon mit Rücksicht auf die Sicherheit des Betriebs die verprochenen 12 Minuten-Pausen gewähren, denn ein Wagenfahrer kann unmöglich seinen anstrengenden Dienst mit der erforderlichen Aufmerksamkeit versehen, wenn ihm nicht Gelegenheit zu kurzer Rast und Stärkung gegeben wird.

Der Wahlprotest im 5. Berliner Wahlkreis.

Die „Voss. Zeitung“ weiß über das Ergebnis der angeordneten Beweishebungen, die infolge des Protestes unserer Parteigenossen gegen die Wahl des Herrn B. w. a. angeordnet wurden, folgendes zu berichten: Die Beweishebungen sind nunmehr zum Abschluß gelangt und haben, wie uns mitgeteilt wird, in allen wesentlichen Punkten die übliche Haltlosigkeit des Protestes ergeben. Insbesondere ist der Beweis mihlungen, daß in einem bestimmten Wahlbezirk die Öffnung des Wahllokals in geist- und reglementwidriger Weise vor sich gegangen sei. Es ist kein Zweifel, daß die Wahl des genannten freistündigen Abgeordneten vom Reichstag nunmehr für gältig erklärt werden wird. Die Zweifel sind erst die Wahlprüfungs-Kommission und der Reichstag beseitigen können, die das letzte Wort in der Sache zu sprechen haben.

Die Befestigung des Bürgermeisters Brinkmann ist gestern im Rathhaus eingegangen.

Ans der Geschichte der Berliner Stadtpost. Eine Stadtpost bekam Berlin erst vor jetzt 100 Jahren. Sie wurde im Jahre 1800 unter dem Namen „Fußbotenpost“ eingerichtet, aber nicht durch die königliche Post, die damals noch keine im Ort bleibenden Sendungen beförderte, sondern durch die Berliner „Kaufmannsgilde der Materialhandlung“. Die Anregung dazu war durch die Hamburger „Fußbotenpost“ gegeben worden, die 1797 mit Unterstützung der Hamburger Kaufmannschaft ins Leben gerufen worden war. Die Berliner „Fußbotenpost“ begann ihre Thätigkeit am 8. September 1800. Eine Bekanntmachung, die einige Tage vorher erschien, zeigte der Bevölkerung an, daß man „vermittelst dieser Post alle in Berlin bleibenden Briefe, Karten, Pakete und sogenannte offene Bestellungen ohne alles Mißtrauen schnell und billig versenden“ konnte, und daß die Anstalt „keineswegs nur für die Kaufmannschaft, sondern zur Bequemlichkeit des gesamten Publikums“ geschaffen worden war. In den verschiedenen Stadtteilen waren in offenen Läden Annahmestellen, „Expedition-Comptoir“ genannt, eingerichtet und durch eine rote Tafel bezeichnet. Das „Haupt-Comptoir“ war Klosterstr. 41 bei dem Glücke-Kleinfestgen Liegen, dem Vorstehenden der Direktion der „Fußbotenpost“. Voten, die an einer braunen Uniform mit roten Aufschlägen kenntlich waren und ihr Rahm durch Säulen mit einer Glöde anständigen, sammelten mehrere Male am Tage in verschlossenen Kästen die Briefe ein bezw. trugen sie aus. Das Porto war für damalige Verhältnisse billig. Für den einfachen Brief zahlte man 6 Pfennig. Doppelte kosteten 1 Groschen, ob aber ein Brief als einfach oder doppelt anzusehen sei, darüber entschied nicht das Gewicht, sondern der Umfang. „Einfach“ die einfachen, sagt die Bekanntmachung, „so ist, daß sie nicht durch die Fuge des Rahmens gehen, so muß 1 Groschen bezahlt werden.“ Geldbriefe bis zu 20 Thlr. Courant oder 100 Thlr. Gold kosteten 1 Groschen. Für eine „offene“ Bestimmung wurden 6 Pfennige entrichtet, beschriebene Karten kosteten das Stüd 6 Pfennige bei weniger als 6 Stüd, das Stüd 8 Pfennige bei einer größeren Anzahl. Das Paketporto betrug bis 2 Pfund 1 Groschen, bis 15 Pfund 2 Groschen, darüber aber der Vore zur Fortschaffung eines Karrens, so waren 8 Groschen zu zahlen. Die Berliner „Fußbotenpost“ bestand nur bis 1806. Sie ging ein, als Berlin von den Franzosen besetzt wurde. (Auch die Hamburger „Fußbotenpost“ stellte nach Hamburgs Befehl durch die Franzosen ihre Thätigkeit ein.) Jene erste Berliner Stadtpost bekam erst 1827 eine Nachfolgerin in der durch Generalpostmeister v. Nagler ins Leben gerufenen königlichen Stadtpost.

Die neueste Censurthat. Dem „Berliner Theater“ hat der Polizeipräsident die Aufführung eines für Anfang Oktober angelegten Lustspiels von Dumenthal und Kadelburg „Die strengen Herren“ untersagt. Ueber die Umstände dieses Verbots meldet die „National-Zeitung“, daß das Stüd in durchaus harmloser Weise die parlamentarische Heinge-Campagne behandle. Das Stüd ist von der Besörde mit großem Eifer gelesen und studiert worden, wovon bunte Striche fast auf allen Seiten des Buchs deutliches Zeugnis ablegen. Die harmlosesten Worte, selbst Aegide-Vorlesungen, wie „er-spricht eifrig“, „lebhaft“, haben das Verdien des Censors erregt. Worte wie „Grummischädel“, „Wöllin-Album“, „Der Wachantenzug“ sind als gefährlich unterstrichen.

Die Direktion will den Beschwerdeweg beschreiten. Es ist unter der Polizeicensur ja manches möglich, aber daß sie selbst für die Lustspielstüme Dumenthal und Kadelburg Beklame machen würde, das hätte man ihr doch nicht zutrauen sollen.

Die heilige Strelchmacht von Vetern in China, diese christliche Verloperung von gepanzerten Faust und Kreuzbogen wird eine dem Frieden außerordentlich zuträgliche Gesehligkeit erhalten. Die „National-Zeitung“ berichtet nämlich:

Drei Missionare und fünf Missionsbräute sind gestern abend in der St. Bartholomäuskirche von der Gesellschaft zur Beförderung der evangelischen Missionen unter den Heiden nach China bezw. Afrika abgeordnet worden.

Es wird in der „National-Zeitung“ übrigens wohl nicht Missionsbräute, sondern Missionarinnen heißen sollen. Missionsbräute ist unverständlich.

Verleumdung des arbeitenden Volks. Die „Post“ bringt in vorzüglicher Weise folgende Meldung: Margarine-Verkaufsstellen sind in letzter Zeit wie Pilze aus der Erde geschossen und gegenwärtig haben sie sämtlich Hochsaison. Durch den allmählich eingetretenen Preisausschlag für Naturbutter ist es der ärmeren Bevölkerung geradezu unmöglich geworden, sich den Genuß der Butter zu gönnen bei Preisen von 1.30 und 1.40 M. pro Pfund. Man hat deshalb zur Margarine Zuflucht genommen, von welcher das Pfund 50 bis 80 Pfennig kostet. Dementsprechend sind die Margarinefabriken zur Zeit fast besetzt.

Gegen Maßnahmen der Arbeiter, welche ein Einkommen ermöglchen, daß der Steigerung aller Lebensmittelpreise wenigstens die Wage hält, muß die „Post“ bekanntlich auf Anweisung ihrer Oberen J. u. H. a. u. s. e. h. e. und Verstimmerungen des Koalitionsrechts empfehlen.

Die Kohlenhändler verbreiten Plakate, auf denen mitgeteilt steht, daß „infolge andauernder Knappheit sämtlicher Brennmaterialien und der damit verbundenen sehr erhöhten Einkaufspreise“ 100 Briketts fortan 1.30 M., ein Scheffel Steinkohlen 1.65 M. usw. kosten sollen.

Der Verein der Kohlenhändler Südost (Detailisten) erklärt zu dieser Preiserhöhung in einer an uns gerichteten Zuschrift, daß die Großlisten in dieser Bekanntmachung den Kleinhändlern Preise vorschreiben, nach denen sie, die Großlisten, selber sich nicht richteten. Da das Plakat „Vereinigte Kohlenhändler Berlins“ unterschrieben ist, so verwahrt der Detailistenverein sich ferner gegen die naheliegende Schlußfolgerung, daß die Kleinhändler an dem Kohlenwucher der Gegenwart schuld tragen.

Ärzte, Rettungsgesellschaft und Krankenkasse. Die Ortskrankenkasse V i t t e n b e r g versendete am 31. August 1900 folgendes Schreiben an eine große Anzahl Berliner Ärzte: „Wir beabsichtigen bei Drucklegung unsrer Ärzte-Verzeichnisses Sie als B e x t r a u n s a r z t h i e s i g e r K a s s e für diejenigen Fälle anzuführen, respektive unsere in uniser Gegend wohnenden Kassennutniebern Ihre Inanspruchnahme vorzuschreiben a) bei Unfällen und plötzlichen Erkrankungen, wenn Gefahr im Verzuge ist und die Hilfe der nächsten Unfallsstationen und Haupt- oder Rettungswachen der Berliner Rettungsgesellschaft nicht ebenso schnell zu haben ist respektive nachweisbar nicht zu haben war, für die erste Hilfeleistung (I) und b) infolge besonderer Ueberweisung durch Krankenschwester zur ambulanten Behandlung, so lange nach Ihrer Ansicht der betreffende Patient außer Stande ist, gegen die notwendige Fahrpeldvergütung einen der hiesigen Kassenärzte aufzusuchen zu können. Wir zählen in den unter a und b gedachten Fällen für a den ersten Besuch in der Wohnung des Patienten 2 M., b) jeden weiteren Besuch 1 M., c) für die erste Konsultation in Ihrer Wohnung bei Uebernahme der Behandlung 1 M., d) für Operationen zum Zweck oder nach der Entbindung 10 M. Wir bitten um gefällige umgehende Erklärung, ob Sie mit Vorstehendem einverstanden sind. NB. Mit dem Unfallretorium und der Centrale der Rettungsgesellschaft haben wir Pauschale vereinbart, da wir dorthin stets sehr viel erste Hilfeleistungen zu zahlen hatten; wir empfehlen resp. verpflichten unsre Mitglieder daher jetzt zu deren Inanspruchnahme in erster Linie bei plötzlichen Erkrankungen für die erste Hilfeleistung. Der Generalvollmächtigte: Kaufmann.“ — Empfänger des obigen Schreibens haben dasselbe der Vertragskommission des Vereins der freigewählten Kassenärzte zu Berlin vorgelegt, und die Vertragskommission hat in ihrer vorerwähnten Sitzung beschloffen, den vorgelegten Vertrag nicht zu genehmigen: 1. weil die Honorierung eine durchaus unwürdige ist; 2. weil aus der Unvollständigkeit der angeführten besonderen Leistungen sich Streitigkeiten mit der Kassenverwaltung notwendig ergeben müssen;

3. weil die Stellung des sogen. „Vertrauensarztes“ gegenüber den Kassenärzten, Unfallsstationen, Rettungsgesellschaft eine unverständige ist.“ In diesen Beschlüssen sind die ca. 1000 Mitglieder des Vereins der freigewählten Kassenärzte gebunden. Die „Medizinische Reform“ fügt diesem Bericht in Sperrdruck hinzu: „Sollte die Berliner Rettungsgesellschaft nicht binnen kürzester Frist bekannt geben, daß sie die Vereinbarung mit der Orts-Krankenkasse Dichtenberg und alle übrigen ebenso ungehörigen Vereinbarungen gekündigt hat, so ist der nächste Schritt, den die Kasse zu thun haben, Massenaustritt aus dem Kasseverein der Berliner Rettungsgesellschaft.“

Die höheren Betriebsbeamten der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, die Controlleure, Revisoren usw. müssen nach einer Ministerial-Befehlung eine Bestallung als ausgebildeter Wagenführer erwerben. Diese Bestimmung ist, wie uns geschrieben wird, veranlaßt worden durch Unfälle, die in den Tagen des Straßenbahner-Streiks vorgekommen sind. Die Controlleure und Hofverwalter, die bei den Zusammenstößen beteiligt waren, beriefen sich darauf, daß sie ein Examen nicht abgelegt und infolgedessen Fahrweise nicht besitzen. Da es aber jetzt noch vorkommt, daß höhere Betriebsbeamte bei plötzlichen Erkrankungsfällen von Wagenführern ausschließweise den Fahrdienst verrichten, so ist angeordnet worden, daß dieselben mit amtlichen Bescheinigungen über ihre Ausbildung versehen werden. Zu diesem Zweck haben jetzt täglich derartige Betriebsbeamte Examenfahrten auf den Linien der westlichen Vorortbahn vorzunehmen.

Interessant wäre, zu erfahren, wie hoch die Direktion der Großen Berliner dafür bestraft worden ist, daß sie in den Tagen des Straßenbahner-Ausstands Leib und Leben der Fahrgäste durch Einstellung unbesugter und ungeeigneter Personen gefährdete.

Der Kapitalismus als Verkörper der Häuslichkeit. Die weibliche Bevölkerung gewinnt von Jahr zu Jahr Boden auf dem Berliner Arbeitsmarkt. Nach den im Jahre 1899 abgelaufenen Statistiken Nr. 1 traten 20 944 Männer neu in die Versicherung ein, denen fast ebensoviel: 20 499 Frauen gegenüberstanden. Mit dem 16. Lebensjahre übernahmen versicherungspflichtige Beschäftigung 5805 junge Leute und 5201 junge Mädchen. Vom 17. Lebensjahre lebten 3778 männliche und 4708 weibliche Versicherte. Demnach treten von Jahr zu Jahr die Arbeiterinnen gegenüber den männlichen Arbeitskräften in den Vordergrund.

Zur Umgestaltung der Strafe unter den Juden. Nachdem der Stadtbaurat Krause über seinen Vortrag beim Kaiser, betreffend die Umgestaltung der Strafe unter den Juden Mitteilung gemacht hat, ist vom Magistratskollegium beschloffen, die Angelegenheit der Park- und der Baudeputation zur weiteren Verfolgung zu überweisen.

Einen schrecklichen Tod hat die 5 1/2 Jahre alte Tochter Frieda der Pförtner M a e h l i d e s c h e n Eheleute aus der Marienburgerstraße Nr. 31 gefunden. Die Eltern, die im genannten Hause die Pförtnerstelle versehen, liegen am Abend das kleine Kind die Gasflammen auf den Treppen anzünden. Frieda Maehlide hatte im Seitenflügel, in dem die Eltern im Erdgeschoß wohnen, erst wenige Plammen angezündet, als plötzlich ihre Kleider Feuer fingen. Das Mädchen wurde, trotzdem rasch Hilfe zur Stelle war, an der Brust und an beiden Armen sowie im Gesicht so schwer verbrannt, daß eine Rettung nicht möglich war. Es erlag den furchtbaren Verletzungen.

Flüchtig geworden ist der 45 Jahre alte Bildhauer Karl Fischer aus der Gartenstraße. Fischer betrieb seit drei Jahren gemeinschaftlich mit dem Kaufmann Marx in der Schornhorststraße eine Bildhauerei für Bantzen, in der 23 Gehilfen beschäftigt sind. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Inhabern führten zu dem Entschluß, das Geschäft aufzulösen. Am Montag nun erfuhr Marx, daß sein Genosse an zwei Stellen Geschäftsgelder erhoben und für sich verbraucht hatte. Nachdem er ihn am folgenden Tage zur Rede gestellt hatte, verschwand Fischer und lebte nicht wieder zurück. Da Marx vermutet, daß der Entflozene außer den beiden Unterschlagungen auch noch andre Unredlichkeiten begangen habe, so hat er ihn nunmehr der Kriminalpolizei angezeigt.

Ein großes Fischsterben hat wieder einmal die Gewässer der Stadt heimgelacht. An der Mühlendammkleele und auf der Jungfernbrücke sah gestern Groß und Klein mit Bedauern, wie tausende und abertausende kleine und sogar mittelgroße Fische ganz oder halb frant stromabwärts trieben. Die noch lebenden, die aber kaum noch schnappen konnten, wurden vielfach eine Weite der Hechte, die unter diesen Umständen eine mißgesehne Jagd hatten und nimmer satt fortwährend zuschnappten.

Ueber die Totschlagaffäre in der Connerstraße in Char-Lottenburg, welcher der Hausverwalter Krüger zum Opfer fiel, wird weiter gemeldet, daß die der That verdächtigen Personen, nämlich der Monteur R., Geschäftsführer St. und Mechaniker W., welche in Haft genommen worden waren, wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, die gerichtliche Obduktion der Leiche des Verstorbenen hat nämlich als Todesursache Herzlähmung infolge starken Blutverlustes ergeben. Es dürfte sich daher im vorliegenden Falle nur um eine Körperverletzung mit tödlichem Ausgange handeln.

Strafenspernung. Die Mariendorferstraße von der Poststr. bis zur Jostenerstraße sowie die Kommandantenstraße von der Poststr. bis zur Lindenstraße werden wegen Umfahrspernung vom 6. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Theater. Im Central-Theater sind die „Geisha“ gestern zum fünfzehntenmale gegeben worden. Das ist ein Zeugnis für die Anziehungskraft des Publikums. Gewiß birgt die englische Operette reizende Melodien, aber sie wird von einer Handlung getragen, deren widernatürliche Sentimentalität und wiglose Abergewissheit auch von der prächtigsten Musik nicht schmachtig gemacht werden kann. Trotzdem fand das vollbesetzte Haus auch gestern Gefallen an dem Stüd und spendete den Mitwirkenden wie auch der Direktion Beifall über Beifall. Einige der Künstler, wir nennen Herrn Sonnenmann und Fräulein Mia Werber, spielen seit der ersten Aufführung der „Geisha“ ihre Rolle. Eine Staudhaftigkeit, die allerdings Verwunderung verdient. — Die heute Sonnabend stattfindende Eröffnungs-Vorstellung im Thalia-Theater, in welcher die neue Anstaltungsposse „Der Liebeschlüssel“, zum erstenmal in Scene geht, beginnt, worauf besonders hingewiesen wird, pünktlich um 1/2 8 Uhr.

Der Mond wird noch während der ganzen kommenden Woche auf der „Treppe“ Sternwarte mit dem Kleinrefraktor beobachtet und zwar Montag (10. September) von 7 1/2—12 Uhr nachts, Dienstag 8—12, Mittwoch 8 1/2—12, Donnerstag 9—12, Freitag 9 1/2—12, Sonnabend 10 1/2—12 Uhr nachts. Projektionsvorträge finden von jetzt an außer am Sonntag um 6 und 7 Uhr nachmittags auch jeden Sonnabendabend 8 1/2 Uhr statt.

Vermischtes.

Die Thaten eines Schymanns. Aus Posen berichtet man der „Berliner Zeitung“ unterm 5. September über schwere Uebergriffe eines Schymanns: Ein Vorfall, der das Tagesgespräch von ganz Posen bildet, hat sich gestern in den späten Nachmittagsstunden in dem Posener Vorort J e r s i y (Posen W.) angegetragen. Ein 12 jähriges M ä d c h e n Stefanie Lufowla, Tochter des Tischlermeisters und Hausbesizers Valentin Lufowla, Posen W., Kaiser-Wilhelmstraße 41 wohnhaft, spielte Dienstagnachmittag in der fünften Stunde mit mehreren Kindern unweit der älteren Wohnung und zwar Ade Kaiser Wilhelm- und Feldstraße auf einem Stoppelgelde. Die Kinder fanden auf dem an die Straße grenzenden Felde mehrere Cigarettenschachteln und kleine Coalsstücke, und die Mädchen nahmen die Cigarettenschachteln in ihre Schürzen. In diesem Augenblick kam ein Schymann vom 7. Polizeidistrict, ergriff die Stefanie Lufowla bei den Haaren, schleifte sie fort und sagte: „Was hast Du da gestohlen!“ Als das Mädchen zu weinen

aufing und sagte: „Ich habe nichts gestohlen!“ zog der Schymann eine Fessel aus der Tasche und wollte das Kind fesseln. Auf das Geschrei des Kindes eilte der vor seinem Hause stehende Tischlermeister L u f o w l a herbei und sagte zu dem Schymann: „Bitte, Herr Wachtmeister, was hat mein Kind gethan, daß Sie es so behandeln?“ Da ließ der Schymann das Kind los und schlug den Vater mit der geballten Faust unter das Kinn. Als darauf Tischlermeister L dem Schymann erwiderte: „Was beglumen Sie? Ich verbitte mir ein derartiges Verhalten!“ zog der Schymann blank und wollte mit dem Säbel nach L stoßen. L schlug nun, als er dies sah, mit dem linken Arm die Waffe nach oben, wobei ihm die linke Hand verletzt wurde. Da nach der Schymann das zweite Mal und bohrte dem L den Säbel durch den Oberarm durch und durch. Infolge des Blutverlustes brach L zusammen. Als die auf den Neubauten Ade Feld- und Kaiser Wilhelm-Straße beschäftigten Arbeiter dies sahen, eilten sie mit Schuppen und Spaten herbei, da sie glaubten, der Schymann wolle L den Garand machen. Der Schymann empfing die auf ihn eindringenden Arbeiter mit den Worten: „Ihr verfluchten polnischen Hunde müßt kriechern, wie die Bogers in China. Kustrotten muß man Euch!“ Jetzt natürlich belam der Schymann seine Keile. Dann banden die Arbeiter den Schymann, packten ihn auf einen Wagen und wollten ihn auf das Polizeibureau fahren. Der wütende Schymann sprang aber von dem Wagen herunter, eilte in ein Haus und dort attackierte er wieder einen Arbeiter, auf den er mit dem Säbel einhieb. Er wurde indessen abermals dingfest gemacht. Der inzwischen herbeigekommene Polizeikommissar, der mit mehreren Schytleuten erschien, ließ den Schymann entwaffnen, ihm die Hantelklingen abnehmen und verhaftete ihn. Ein herbeigeholter Arzt leistete dem schwerverletzten Lufowla die erste Hilfe. Man befürchtet, daß ihm der Arm abgenommen werden muß.

Der Fall ist wegen seines Ausgangs interessant. In dem anfangs Oktober 1898 hier verhandelten Prozeß Stadthagen besandete der Kellner G r a z i n s k i unter seinem Eide, daß er einen Schymann, der einen Mann schwer mißhandelt hätte, angezeigt habe, und daß daraufhin nicht der Schymann bestraft, sondern er, der Kellner, wegen angeblicher wissenschaftlicher Anschuldigung schuldig zu neun Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden sei.

Die Pest in Olschow. Dem am Freitag ausgegebenen Bericht der Gesundheitsbehörde zufolge beträgt die Zahl der Pestkranken gegenwärtig 13, in zwei weiteren Fällen liegt Pestverdacht vor. Unter ärztlicher Beobachtung befinden sich, nachdem neun Personen seit gestern entlassen worden sind, noch 100. Ein Kranter ist aus South-Coban in das Hospital eingeliefert worden.

Wenn man einem Fürsten gefällig ist. ... Fürst Ferdinand von Bulgarien hat die Liebhaberei, auf der Lokomotive, Woldampf voraus, zu fahren. Die „Neue Bayer. Landesztg.“ teilt nunmehr den Wortlaut des Schreibens mit, das die Generaldirektion der l. b. Staatsbahnen an das kaiserlich-bulgarische Hofmarschallamt in Sofia in dieser Angelegenheit gerichtet hat:

München, den 15. August 1900. Generaldirektion der l. b. Staatsbahnen. Num. 56 73 II. Betreff: Fahrt Sr. Igl. Hoheit des Fürsten von Bulgarien auf der Lokomotive des Orient-Expreßzug Nr. 190 am 29. Juni 1900 von Salzburg bis München.

Seine königliche Hoheit der Fürst von Bulgarien ist am 29. Juni d. J. von Salzburg bis München auf der Lokomotive des Orient-Expreßzug gefahren und hat aus diesem Anlaß dem Lokomotivführer und Heizer dieses Zugs Geschenke von 60 und 30 Frank zugesendet.

Durch die Bestattung der Nisafahrt Seiner königlichen Hoheit hat sich der Lokomotivführer gegen eine bestimmte, für die bairischen Staatsbahnen geltende Vorschrift verkehrt, wonach er die Nisafahrt auf der Lokomotive außer den durch ihren Dienst dazu Berechtigten nur Personen gestattet darf, die hierzu einen besonderen Ausweis haben. Ferner haben sich der Lokomotivführer und der Heizer einer Uebertretung der Bestimmung schuldig gemacht, die dem Eisenbahnpersonal strengstens untersagt, für dienstliche Handlungen oder dafür Geschenke anzunehmen, daß es einzelne Personen gegenüber andern bevorzugt.

Unter diesen Umständen haben wir es nicht für angezeigt erachtet, den genannten zwei Bediensteten die übergebenen Geschenke zu lassen. Vielmehr haben wir mit Genehmigung unsres königlichen Staatsministeriums, dem wir über die Sache Bericht erstattet haben, den Gesamtbetrag von 90 Frank durch unser Oberbahnamt München einheben lassen und dasselbe angewiesen, diese Summe an das kaiserliche Hofmarschallamt zurückzusenden. Außerdem haben wir dem Lokomotivführer und dem Zugführer des Expreßzug, der vor der Abfahrt von Salzburg Kenntnis von der Sache erhalten hat und gleichfalls verpflichtet gewesen wäre, Seine königliche Hoheit auf das bestehende Verbot aufmerksam zu machen, eine Mäße erteilt.

Hiervon beehren wir uns ergebenst Mitteilung zu machen. J. B. (Name unleserlich.)

Welches Glück, daß Fürst Ferdinand ein ausländischer Fürst ist!

Marktpreise von Berlin am 6. September 1900 nach Ermittlungen des lgl. Polizeipräsidiums.

Weggen, gut D-Gtr.	15,60	15,50	Bariswein, neue, D-Gtr.	6,-	4,-
" mittel	15,52	15,48	" Alte 1 kg	1,00	1,20
" gering	15,44	15,40	" do. 500 g	1,20	1,-
Woggen, gut	14,80	14,78	Schwinefleisch	1,00	1,10
" mittel	14,76	14,74	" Kalbfleisch	1,00	1,-
" gering	14,72	14,70	" Hammelfleisch	2,80	2,20
*) Gerste, gut	15,40	14,90	" 60 Stüd	4,-	2,60
" mittel	14,80	14,40	" Karpfen 1 kg	2,-	1,80
" gering	14,30	13,90	" Hais	2,60	1,40
*) Hafer, gut	16,10	15,20	" Hanser	2,60	1,20
" mittel	15,10	14,20	" Hechte	2,-	1,20
" gering	14,10	13,20	" Borste	1,80	0,90
Nichtstroh	6,82	6,50	" Schleie	2,50	1,20
" den	7,40	5,-	" Weise	1,40	0,80
Erbsen	40,-	25,-	" Aerbeje per Schock	20,00	2,60
Speisebohnen	45,-	25,-			
Linien	70,-	30,-			

f) ab Bahn. *) frei Wagen und ab Bahn. **Produktenmarkt vom 7. September.** Der Getreidemarkt verharre auch heute in schwacher Haltung. Besonders Weizen war durch die dauernd geringe Annahmefähigkeit des Marktes und vorwiegend machte Auslandsaufnahmen gedrückt und gab eine Mark in Preise nach. Das Geschäft war in diesem Artikel gleich Null, in Roggen eine Richtigkeits lebhafter. Trotz einiger Nachfrage war jedoch auch Roggen 0,50 M. billiger zu haben, da die Auslandsnachfrage in- und ausländische Offerten übermogen wurden. Wehl lag sehr still und unverändert. Am Futtermarkt lag Hafer sehr infolge kleinen Angebots und hoher Marktpreise. Wehl notierte bei uns unverändert, obwohl Paris 1,50 Fr. höhere Preise meldete. Spiritus unverändert. Der loco 51 M.

Witterungsübericht vom 7. September 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer			Temperatur			Wind			
	Hand man	Windsch. richtung	Windsch. Stärke	Temp. n. G.	Temp. m. G.	Temp. u. G.	Stationen	Hand man	Windsch. richtung	Windsch. Stärke
Eintrunde	761 M	4 heiter	11	11	11	11	Saparanda	756 M	6 bedeckt	3
Hamburg	763 M	1 wolkt	12	12	12	12	Beiersburg	763 M	3 bedekt	14
Berlin	762 M	2 wolkt	12	12	12	12	Forst	764 M	1 bedekt	12
Frankf./M.	765 M	2 wolkt	12	12	12	12	Auerbeben	763 M	1 bedekt	12
München	767 M	3 wolkt	11	11	11	11	Paris	766 M	1 wolkt	9
Wien	764 M	3 bedekt	14	14	14	14				

Weiter-Prognose für Sonnabend, den 8. September 1900. Nachts kühl, am Tage ein wenig wärmer, vielfach heiter, jedoch unbedeutend mit leichten Regenschauern und streichen nördlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

2. Z. für krankhafte Frauen befinden sich bei Bankow und bei Blauenburg südliche Heilanstalt. Wenden Sie sich an Herrn Stadtrat Burggraf, Neue Friedrichstraße 9/10. Sprechstunden 1-2, außer Donnerstags.

W. H. Ihr kimmlichste Märkte. Drechbler. Es genügt, daß er 24 Jahre alt ist.

C. S. G. Wenden Sie auf Ihrem Bismarck in dem großen Kurzbuch nach. Dort finden Sie die gewünschte Angabe.
Falkenthal. Wir können leider Ihren Wunsch nicht nachkommen. Der Aufsatz würde nicht nur zuweit sein, sondern auch bald zu gleichen Ansprüchen aus andern Orten führen.

1. Das Postzeitungsblatt ist zufällig. 2. Wie man will. 3. Ja. 4. In der Buchhandlung Vorwärts erhalten Sie jedes Buch.
R. S. 30. 1. und 2. Gebrauch wird mit Gefängnis von einem Tag bis zu 6 Monaten an beiden Schuldigen bestraft, wenn wegen des Gebrauchs die Ehe geschieden wird und wenn ferner der schuldlose Ehegatte Strafantrag auch nur gegen einen der Schuldigen stellt. 3. Soweit ersichtlich, nein.
4. Ja. - R. S. 100. Erfundigen Sie sich auf der Bahn. - R. S. 67. Nein. - Z. 9. 1. Ja. 2. Nein. - S. 61. Ja

für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 8. Sept.
Opernhaus. Der Neuner. Die roten Schuhe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Salustiana. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Der Rifaba. Anf. 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Die Weber. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die arme Löwin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lefling. Die Skavin. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der weiße Hirsch. Vorher: Ein Interview. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Der Wassenschub. Die schöne Galathee. Anf. 7 1/2 Uhr.
Schiller. Faust. (1. Teil.) Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Enien. Der Pelikan. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Rabale und Liebe. Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ting. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Jubiläumstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.
Invalldenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

Marokkaner
(11 Mädchen, 8 Männer, 3 Kinder).
Vorstellung
stündlich.
Von 7 bis 10 1/2 Uhr:
Théâtre varié.

CASTANS

PANOPTICUM
Neu! Graf Waldersee
in der Tropen-Uniform.
Kampf eines deutschen Seesoldaten mit Boxern bei Tientsin!
Die sensationellen lebenden Photographien:
Russische Nationale Streichkapelle.

W. Noacks Theater.

Wronnenstraße 16.
Täglich: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung
Der Säugling.
Poffe mit Gef. in 1 Akt v. D. Richter. Musik von Thiele.
Neu! Spreelottchen Neu!
oder:
Ein Sommerfest in Niantichou.
Sollstisch mit Gesang und Tanz in 2 Akten von Max Reichardt. Musik von Schmidt.
Im Saal: Tanzkränzchen.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Direktion: Winkler und Fröbel.
Gente
Sonnabend, den 8. September:
Grosso
Eröffnungs-Gala-Vorstellung
Niesen-Programm.
Vom Besten das Beste!
Neu! Puffschuntchen.
Buff, Altemperstr.: Dir. R. Winkler. Anf. 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.

Metropol-Theater.

Der Mandarin von Tsing-ling-ting.
Eduard Steinberger als Gast.
Vorher:
Bianca & Desroche.
Rudinoff. Sisters Danbar.
Les 3 Keziahs. Woodsou.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kassens überall geöffnet.

Secessions-Bühne.

Eröffnungs-Vorstellung
15. September 1900.
Komödie der Liebe.
Von Henrik Ibsen.
Vorverkauf an der Tageskasse.

Apollo-Theater.

Um 9 1/2 Uhr:
Venus auf Erden.
Robert Steidl
mit neuen Schlagern.
Adele Moraw.
Der Kosmograph: Neue Serie
China-Bilder.
Ferner:
8 neue Spezialitäten.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Richard Hagen

zu seinem 40. Wiegenfest ein dreifaches Hoch. 27006
Reich, verpasse die kritische Stunde nicht.
C. W., A. D., M. L., C. H.
Codes-Anzeige.
Freitag früh 4 Uhr verschied nach schwerem Leiden meine liebe Frau
Auguste Opitz
geb. Stahn.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. d. M., vom Trauerhause Klosterstr. 58, nachmittags 4 Uhr, nach dem Kirchhof der St. Johannes-Gemeinde, Vorfußstraße, aus statt. 27508
Der Trauernde:
Gatte
P. Opitz, Schanowitz.

Emil Brandt

am 3. d. Mts., abends, plötzlich verstorben ist. - Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9., nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Andreas-Kirchhofes bei Neu-Wilhelmsberg statt.
Danksagung.
Für die liebevollen und zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis meines innig geliebten Mannes, meines unvergesslichen Vaters, des Dolmeters
Gustav Schubert
sagen wir unsern innigsten Dank; insbesondere Herrn D. Müller für seine herzlichen Aufmerksamkeiten am Grabe. 27496
Emilie Schubert nebst Kindern.

Berliner Konsum-Verein.

Sonntag, den 9. September, nachmittags 5 Uhr, findet im
Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15, eine Versammlung statt. Fortsetzung der Diskussion von der letzten öffentlichen Versammlung. Nach Schluß
27516

Geistliches Beisammensein.

Zum regen Besuch ladet ein
Der Vorstand.
Verkaufsstellen: Centrum: Annenstraße 9. Osten: Krautstr. 7. Moabit: Waldstr. 12. - Verkaufszeit: morgens 8-12 Uhr, nachmittags 3 1/2-9 Uhr, Sonntags 8-10 Uhr.
Tanzkränzchen.

Victoria-Brauerei.

Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Sänger
(Führmann, Dorn, Walde.)
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
Entrée 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf.
Familiens-Büchle 3 Bände 1 M.
Vond nur in der Woche gültig.
Sonntags und Donnerstags:
Tanzkränzchen.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke.
Täglich
4 ausländische Kapellen
4 Gr. Theater-Vorstellung.

Sanssouci

Kottbuserstrasse.
Sonntag, 9. September:
Eröffnungs-Soiree
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Neues Programm. u. a.:
Fausts Nachlaß.
Tragisches Ensemble.
Auf 7 Uhr. Entrée 50 Pf.
Nach der Soiree: Tanzkränzchen.
Diese Soireen finden regelmäßig statt: Sonntag, Montag, Donnerstag, Freitag und Donnerstag: Tanz frei.
Alle andern Tage bleibt die Halle frei für Hochzeiten, Festlichkeiten und Versammlungen.
Den Vereinen sind d. Vorstellungen für Matineen usw. bestens empfohlen.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Entrée 50 Pfennig.
Vorverkauf 40 Pf.

Gossmanns Konzertgart.

Krauzbergstr. 48, an d. Raybachstr.
Jeden Sonntag:
Garten-Freikonz.
und
Gr. Ball.
Jeden Montag u. Freitag:
Norddeutsche Sänger.
Anfang 8 Uhr; Nachher: Kränzchen
Salle f. Versammlungen u. Festlichkeit.
Zwöringwagen 5.- bis 30.-, Bahn-Friedrichstraße 18 (Befelstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Ankaufspreise.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Nur erstklassige
Specialitäten. J. M. Mütt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Treptow. Hohlwein's Keglerschlösschen.

Köpenicker Landstr. 27, 3 Minuten vom Bahnhof Treptow. Haltest. d. elektr. Bahn Siemens u. Halste.
Großer schattiger Garten. - Saal zu Festlichkeiten. - Raffeeis. - Bier neue Regelböhnen. - Marionetten-Theater und andre Volksbelustigungen.
Engländer Glas 10 M., große Weiche 20 Pf. 50112

Wo? beim alten Freund.

Das Ziel aller nach Köpenick fahrenden Ausflügler ist das Restaurant
Pferdebucht!
Einzig in seiner Art nur im Landwald gelegen. 1000jähr. Eichen u. Buchen
Saal für 1000 Personen, 5000 Stühle. 100 Morgen Spielplätze.
Raffeeis. 2 Regelböhnen. Ausspannung für 100 Pferde. Speisen und Getränke aufs vorzüglichste. 53012
Es ladet zu regem Besuche ein
Wilhelm Bräsewitz

Aug. Stein

Gold- und Silberwaren
Berlin SO., 177 Oranienstrasse 177. Ecke Adalbertstr.
Einsegnungs-Schmucks mit Opalon, Türkisen, Perlen etc.
Hochzeits-Geschenke in Alfenide vom billigsten bis feinsten Genre. (5322L)
Möbel und Volkswaren. Franz Tutzauer,
Zählermeister, Berlin N., Brunnenstr. 152.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Tsch. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Mephisto-Cigaretten

Gründruck 10 Stück 20 Pf.
Kupferdruck 10 Stück 30 Pf.
Silberdruck 10 Stück 40 Pf.
Golddruck 10 Stück 50 Pf.
Unübertroffen an Geschmack und Aroma.

Cylinder-Hüte

Chapeaux clagues.
weiche u. steife Filzhüte, Einsegnungs-Hüte, billigst. Preis.
bei Max Radtke, Krautstr. 50,
an der Markthalle (kein Laden).

Herren- u. Knabengarderobengeschäft

Schönhaufer- und Prenzlauer Vorstadt.
Hugo Opitz.
Schneidermeister (52449)
Berlin N., Franseckstrasse 13,
nahe der Schultheiß Brauerei.
Fernspr. Amt III. 5396. Einbisiert 1805.
Das vollständig neu umgebaute Lokal erstreckt sich durch das Vorderhaus, Seitenflügel und Cuerggebäude. ca. 40 Meter direkte Länge.
Bei ganz bedeutender Auswahl fertiger Garderoben für Herren und Knaben in Feinlags-Kleidung, Mittags-Kleidung, Sportbekleidung etc. habe ich enorm billige Preise, auf jedem Einseitig verzeichnet, allerdings ohne jeden Abzug - streng feste Preise!
Niejengroßes Tuchlager
zur Aufnahme für Maßbestellungen, welche sofort auf das eleganteste in eignen Werkstätten angefertigt werden.
*) Bitte sich selbst zu überzeugen.

Frische Fische - gute Fische!

Gestern und heute frische Ladungen aller Arten
Seeefische
eingetroffen, die wir billigst in allen 6 Verkaufsstellen empfehlen.
Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“
I. V. Johannes Skorezyk.

50000 Fahrräder
In einer Saison auszuverkaufen, ist wohl nicht mehr die 4. erstklassige, vollqualitative, weicherläufige Marke „Vaterland“ und „Constantin“ in Betracht zu ziehen.
Verlangen Sie daher gratis u. ohne Fracht Haupt-Catalog mit 73 Radnummern und ca. 100 Illustr. v. Zahntrieb, die darin enthalten. Preis eines Konkurrenz-Modells. Spezialität: Fahrrad-Accessoiren, u. a. B. Besondere Vorzüge: in vielen Marken. Werkstätten prompt u. enorm billig aus. Vertreter gesucht.
Hans Heiser, Voss, Hohenwestel, Fahrrad-Continental-Walzen etc. - Billigste Einkaufshaus Deutschlands.

Jeder Arbeiter

Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
die Lederhose Herkules tragen.
Allein-Verkauf. Sehr starke Ware in praktischen grauen u. braunen Streifen. Hinten u. vorn am Bund aus einem Stück gearbeitet. Kniehöfe u. Koppnähte. Beste Leder-Platt-Laschen, die Hole
(bei Entnahme von) 4 M. 50
(6 Stück 26 M.)
Echt indigoblauer Jodett für
Mafschischen, Monture etc. 1 M. 50
Echt indigoblauer Dose dito 1 M. 50
Prima Randerhose Dose 8.-, 5,50, 3,50
Bestkletter Jodett 13.-, 9.-
Kette-Kittel, geblickt. Kessel 2 M.
Rohr-Kittel in Leinen-Str. 2 M. 25
Reinwäcker-Kittel (braun) 2 M. 40
Weißes Leder-Jodett, ge-
füttert, zweifachig 7 M. 50
Weißes Leder-Jodett, Prima
Ware 3 M. 75

Baer Sohn

En gros. Export. En detail.
Ghauffeur, 24a. Brückenstr. 11.
Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 15te Preisliste 1900 über gelamte Herren- und Knaben-Bekleidung (Aufslage 1 Million) wird kostenlos und portofrei angefordert.
Verkauf von 20 M. an franco. -
Bei Bestellung genügt Angabe der Brust u. Bundweite u. Schrittlänge.
Edige Preise gelten für normale Größen. 50292

Grosser Möbelverkauf.

In meinen großen Möbelmagazinen
Gneisenaustraße 15
sind viele Wohnungs-Einrichtungen, verleihe gewesen und neue Ausstattungen zu sehr billigen Preisen.
Bestehende Gelegenheiten für Brautleute.
Teilzahlung gestattet. Brautleute ohne Anzahlung.
Durch große Gelegenheitsverkäufe zu sehr billigen Preisen ist es mir möglich, geschmackvolle Einrichtungen schon für 100, 150, 200 und 400 Mark, sowie herrschaftliche Einrichtungen von 500 bis 3000 Mark und darüber zu liefern.
Ganz besonders empfehlenswert und billig ist der große Vorrat verleihe gezeichnet und zurückgekaufter Möbel, die noch fast neu sind. Kleiderstühle 24, Kommode, Sofa, Bettstellen mit Matratten 24, Ausbaumatratzen 24, Kleiderstühle, wie Bettstühle 32, französische Aufstelbstellen mit Matratten 40 Mark, Tischel-Kleiderstühle 35, Schalen-Kleiderstühle, Truemeubel 45, Buffets, neue Tischgarnituren von 100-1000 Mark an. (53353)

Wilh. Liebknecht

Portrait, letzte Aufnahme, prachtvolles Bild. Größe 45 x 32 cm. Preis 50 Pf.
Biederperksenen Radott.
Jean Holze, Drehbahn 45, Hamburg. (130/12)

5 1/2 Pfd. Brot 50 Pfg.

H. Albrecht's
Bäckerei
Drangelstr. 9, Krautstr. 19
Falkenstr. 28, Lankstr. 2.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokal des Herrn Dieke, Ackerstrasse No. 123:
Bertramsmänner-Konferenz für den Norden.

Sonntag, den 9. September 1900, vormittags 10 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Versammlung der Metallschleifer.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Max Schütte über: „Der Wert der Organisation“. 2. Diskussion. 3. Die Wilschände in den Schleiferereien. 4. Verhandlungsangelegenheiten.

Montag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn
Breuer, Große Frankfurterstr. 117:
Versammlung für den Osten.

Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung der Konjunktionslosigkeit für die Gewerkschaften. Referent Ernst Tost. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der gesamten Bezirksleitung. 4. Verhandlungsangelegenheiten.

Montag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, in Feuerstein
Salon, Alte Jakobstraße 75:
Versammlung der HeizungsMonteure und Helfer.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung und die Durchführung des Tarifs. 2. Wie kann ein gedeihliches Verhältnis zwischen Monteuren und Hilfsmonteuren und Helfern geschaffen werden?

Dienstag, den 11. September, abends 8 1/2 Uhr, in Cohnd
Festsälen, Deuthstraße 20/21:
Versammlung

der Gas- und Wasser-Rohrleger und Helfer.
Tages-Ordnung:
Berichterstattung über den Streit der Gas- und Wasser-Rohrleger und Helfer und die neuen Verhandlungen mit der Innung der Gas-, Wasser- und Heizungsfachmänner.

Am Mittwoch, den 12. September 1900, abends 8 1/2 Uhr, im
Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Versammlung

aller in
Metall-Knopffabriken beschäftigten
Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Wie verbessern wir unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse? 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin. 109/17

Sonntag, den 9. September, vormittags 10 Uhr:
Bezirksversammlung für Moabit

im Lokal des Herrn Fischer, Beustelstraße 9.
Tages-Ordnung: Vortrag, Diskussion, Verhandlungsangelegenheiten und Berichtsabnahme. Die Mitglieder von Glasenapp, Rostoderstraße 3, sind besonders dazu eingeladen.

Achtung! Holzarbeiter, Kistenmacher.

Der Streit der Kistenmacher bei den Firmen
Erdmann, Fuhg und (Meißner, Besselfstraße),
dauert unerändert fort.
Die Streikkommision.

Achtung! Banarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 9. September, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Grosse Versammlung

aller zum Streikgebiet Berlin und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen.

Achtung! Achtung!
Buchbinder,
Buchbinderei-Arbeiterinnen u. verw. Berufsg.

Montag, den 10. September, abends 8 Uhr, bei Keller
(großer Saal), Koppenstr. 29:
Große öffentliche Versammlung

aller in
Buchbindereien, Kontobuch-, Leder-Galanteriewaren- und
Lugospapierfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Konferenzverhandlungen in Leipzig. Referent Kollege Franz Bytomski. 2. Diskussion. 3. Berichtsabnahme. Kollegen und Kolleginnen! Es ist eure Pflicht, in dieser überaus wichtigen Versammlung vollständig zur Stelle zu sein. Das Erscheinen aller ist dringend erforderlich.

Die Lohnkommission.
Kollegen und Kolleginnen! Sammelt heute eifrig
auf den Listen zum Widerstandsfonds!

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 10. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Dieke,
Ackerstraße 123:
Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Verhandlungsangelegenheiten. 2. Werkstättenangelegenheiten. 3. Berichtsabnahme. 4. Ausgabe der Blätter zum Stiftungsfest.

Dienstag, 11. September, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen,
Koppenstr. 29:
Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Darf die deutsche Gewerkschaftsbewegung unpolitisch oder neutral sein? Referent Genosse Theodor Meißner. 2. Diskussion. Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.

Die Referenten werden ersucht, Montagabend 7 Uhr bei Schulz,
Blumenstraße, zu erscheinen.

Sonntag, den 16. September:
Herrenpartie nach Rüdersdorf.

Treff früh 1/8 Uhr: Schleiferei Bahnhof, Wabnitzstraße.
Der Vorstand.

Achtung! Zementierer. Achtung!

Sonntag, den 9. September, vormittags 10 Uhr, bei Nümann,
Brunnenstr. 188:
Mitglieder-Versammlung.

Referent und Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Wichtiger Angelegenheiten halber ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen der Firma Czarnikow dringend notwendig.

1900er Jung-Geflügel

gar. leb. Kul. franco einballagefrei
in durchsichtigen Käfigen: 10 Nischen-
Hühner a 8 Pf. schwer 30 R. 19
Nischen-Enten, fett, groß, 26 R. 20
Nischen-große Gänse 18 R. 20
Vegebühner, Italiener, 22 R. 14/10
K. Roth, Dschiele in Schlef. Nr. 24.

Sportwagen. „Baby“, Brannen-
straße 92. Teilzahlung gestattet, bei
großen Raten Kassapreise.

Verband der Sattler und verw. Berufsgen.

Branchen-Versammlungen der Berliner Mitglieder:

Filiale Berlin I. (Geschirr-, Wagen- und Galanteriearbeiter):
Sonnabend, den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Hof“,
Neue Hofstraße 3. Tagesordnung: 1. Die Westmächtepolitik und
die Befreiungen der Arbeiter. Referent Genosse Theodor Metzner.
2. Diskussion. 3. Berichtsabnahme.

Filiale III. (Taschen- und Koffermacher): Dienstag, den 11. d. M.,
abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Filiale V. (Zeppich- und Linoleumleger): Jeden Montag nach dem
1. und 15. eines jeden Monats in den „Kaminhallen“, Kom-
mandantenstraße 20.
Gäste sind in allen Versammlungen willkommen.
Mitglieder werden in allen Versammlungen aufgenommen.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen
Die Vorstände.

Achtung! Contobuch-Arbeiter und -Arbeiterinnen!

Morgen, Sonntag, den 9. September, vormittags Punkt 11 Uhr,
in der „Resource“, Kommandantenstr. 57:
Große öffentliche Versammlung

aller in
Contobuchfabriken beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Das Resultat der Verhandlungen mit den Contobuchfabrikanten.
Referent Kollege Bernh. Jost. 2. Diskussion. 3. Berichtsabnahme.
Kollegen und Kolleginnen! Erscheint vollständig in dieser hochwichtigen
Versammlung! Niemand darf morgen fehlen!
Die Lohnkommission.

Kellers Festsäle, Koppensstrasse 29.

Heute, Sonnabend, den 8. September:
5. Stiftungsfest

des
Arbeiter-Raucherbunds Berlins

und Umgegend
bestehend in großem Saal in familiären Räumen sowie
Ausführung von lebenden Bildern usw.

Die Ballmusik wird von einer stark besetzten Kapelle der Berufsämter
unter Leitung des Herrn Musikdirektor Poppe ausgeführt.
Siersa laden Freunde und Gönner des Bundes ein
Anfang 8 1/2 Uhr. **Der Vorstand.**

KUFEKES
IM SOMMER UNENTBEHRLICH,
REGEL VERDAUUNG - KEIN
BRECHDURCHFALL DARMKATARRH U.S.W.
KINDERMEHL

Möbel-Magazin. Fr. Janitzkow, Polsterwaren.
Eigne Tischlerei. [53290] NW., Turmstr. 45. Eigne Werkstatt.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. **M. Schulmeister, Schneidermstr.,**
Dresdenerstr. 4 am Kottbuser Thor.

Kleine Anzeigen. Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Restaurations mit Vorgarten schuf-
teils höher billig zu verkaufen. Schul-
straße 113. 101*
Gardinenhaus Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 134*
Gardinen-Specialgeschäft, Blumen-
straße 8. Anerkannt vorzügliche Ein-
kaufsquelle für Gardinen, Stores,
Kouleaux, Täfelletts und Schmutz-
decken. 3178*
Elegante vorjährige Herrenhosen,
feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf
Sonnabend und Sonntag. Verdan-
haus Germania, Unter den Linden 21 II.
Möbelstoff- und Möbelpoliererei
in glatt und bunt, auch zu Sofa-
bezügen passend, bedeutend unter Preis.
H. Rosenbergs, Landbergerstraße 82.
Teppiche in allen Größen, in guter,
haltbarer Qualität, mit feinen Mustern,
außerordentlich billig. H. Rosenbergs,
Landbergerstraße 82. 3178*
Teppiche in Belour, sehr haltbar,
für die Hälfte des Preises. 3178*
H. Rosenbergs, Landbergerstraße 82.
Teppiche, ganz besondere Gelegen-
heitskäufe, in Brillen- und Blüsch-
gewebe, Mittelgröße von 6.- Mark an
H. Rosenbergs, Landbergerstraße 82.
Süßerstoffe in Wolle, Tute, Cocos,
Linoleum. H. Rosenbergs, Land-
bergerstraße 82. 3178*
Gardinen, weich und crème, und
einzelne Fenster, von 1,50 Mark an.
3.-, 4.-, 5.-, 6.- bis 10.- Mark.
H. Rosenbergs, Landbergerstraße 82.
Steppdecken in Seide und Wolle.
H. Rosenbergs, Landbergerstraße 82.
Bücherverkauf. Handbücher
der Staatswissenschaften, 8 Bände
60 Mark. „Neue Zeit“ 1900-98,
16 Bände, gebunden, 50 Mark.
Galenjee, Ringbahnstraße 117, IV
rechts. 2188*

Nähmaschinen sämtlicher Systeme
ohne Anzahlung, Woche 1 R., fünf-
jährige Garantie, Bekleidung Vorkarte.
Nähmaschinen-Geschäft Wille, Witzdorf,
Berlinerstraße 84, nahe Hermannplatz.
Kinderwagen 9.-, 15.- bis
100.- „Baby“, Innuldenstraße 100
(Brunnenstraße). Teilzahlung gestattet,
bei großen Raten Kassapreise. 3320*
Teppiche mit Gardensehemmen,
Fabrikdirektlage Große Frankfurter-
straße 9, parterre. 134*
Möbelverkauf. Kleiderständer,
Bettstufen, 2ische, Spiegel, Verticillen,
Sofas, Rückenmöbel billigst. Sebastian-
straße 70, I. 3068*
Möbelverkauf zu soliden Preisen,
auch Teilzahlung. Römer, Sebastian-
straße 81. 2706b
Kuchenschrankmöbel, ganze Wirtschaft,
wie neu, spottbillig veräußert. Joffen-
straße 38, I. rechts. 2879*
Möbelverkauf. Kaufe Möbel
außerordentlich billig. Lederzeugung
macht wahr. Eigne Werkstätte. Ga-
ranantie wird bereitwillig gewährt.
Grischowitsch, Mariannenstr. 7a. 3199*

Steyppdecken am billigsten Fabrik
Große Frankfurterstraße 9, parterre.
Milch- und Materialwaren-
Geschäft ist billig zu verkaufen.
Witzdorf, Wring Handwerkerstraße 7.
B. Wandfächer. 2744b
Creschion mit neuen Stützen
billig zu verkaufen, eventuell auf
Miete; auch ein Pianino, elegant
und billig veräußert. Rent. Friedrichs-
berg, Siegfriedstraße 2, Ecke Fran-
furter Chaussee. 27295*

Photographie zur Konfirmation
empfehle 6 Bild 1 R. 50, 6 Bild und
1 Rahmen 2 R. 50. Ernst Dering,
Schönhauser Allee 146. 152*
Violin, Klavier, Violon, Cello-
Unterriech, monatlich 4 Mark, Orangen-
straße 118.
Buchbinder-Arbeit jeder Ar-
fertigt Ferdinand Reinert, W. Balow-
straße 66, 2. Hof parterre. 2387b
Vereinzimmer (rei. Vadevis),
Kommandantenstraße 65. 2838*

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bietet um
Arbeit. Stühle werden auch geflickt,
dieselben werden abgeholt und zurück-
geliefert. Glözer, Wabnitzstraße 27. *
Stellenangebote.
Tüchtige Zementierer für Berlin
und umhergehend verlangt. Joh. Müller,
Watz u. Comp., Greifswalder-
straße 212/13. 32906
Farbiger und Stanger ge-
sucht. Wolf, Diefenbachstraße 33.
Arbeitsloser verlangt 3. Weh-
ner, Greifswalderstraße 92. 1273*

Gasglühlicht-Abnehmerin, 20 Pl.
wöchentlich, sofort verlangt. „Metropol“,
Straußbergerstraße 36. 2756b
Farbigenmacherinnen auf Gold-
fäden verlangen Rosenow u. Co.,
Schmidstraße 6.
Am Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile
Tüchtige zuverlässige
Schlosser
auf Dampfmaschinenbau werden bei
hohem Lohn von großer Maschinen-
fabrik zum baldigen Eintritt
gesucht.
Offerten unter B. A. 4070 an
Rudolf Wölke, Breslau. 3215*